



Verein Journalismus und Wissenschaft e.V. (gemeinnützig)

Kontinuierliche Strukturpolitik als Alternative zum Struktur-„Wandel“

Regionalentwicklung für Brandenburg und die Lausitz. Studie im Auftrag der
AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg.

Recherche Dresden. Denkfabrik für Wirtschaftskultur | recherche-dresden.de
Postfach 10 01 35, 01651 Meißen | info@recherche-dresden.de

08.01.2024

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 – Bestandsaufnahme

1 Einleitung: Neubewertung der Lage	2
2 Evaluation des Strukturwandels im Auftrag der Bundesregierung	5
3 „Krasse Lausitz“ – echt eh? Anmerkungen zum Regionalmarketing und Leuchtturmprojekten	7
3.1 Knappe markensoziologische Bewertung	7
3.2 Knappe Bewertung der einzelnen Leuchtturm-Projekte	8

Teil 2 – Lösungen

4 Herausforderungen unter den aktuellen Rahmenbedingungen	14
4.1 Grundlagen der Regionalpolitik	14
4.2 Demographie	17
4.2.1 Wie groß ist der angebliche „Fachkräftemangel“ wirklich? Berechnungen zum Erwerbspersonenpotential	18
4.2.2 Arbeitskräfte oder Technik?	20
4.3 Wissen und Innovation	21
4.4 Deglobalisierung und Internationalisierung	25
4.4.1 Deglobalisierung – ein Wort, viele Bedeutungen	25
4.4.2 Steuererleichterungen und Sonderwirtschaftsregionen als Ausdruck des internationalen Standortwettbewerbs	27
4.4.3 Betriebswirtschaftliche Bewertung der Standortattraktivität, oder: Internationalisierung über Deglobalisierung?	28
4.5 Infrastruktur	30
4.6 Intelligente Spezialisierung: Nischen finden!	31
4.6.1 Über den begrenzten Nutzen von Trend- und Zukunftsanalysen	31
4.6.2 Strukturwandel der Banken als angewandte intelligente Spezialisierung und kontinuierliche Strukturpolitik	34

Teil 3 – Parlamentarische Handlungsoptionen

5 Politische Empfehlungen	35
5.1 Eigene schematische Darstellung der Entwicklung einer konsistenten Regionalpolitik	35
5.2 Konkrete Maßnahmen / Zusammenfassung	37

Teil 1 – Bestandsaufnahme

1 Einleitung: Neubewertung der Lage

Als Kohleausstieg und „Strukturwandel“ zwischen 2018 und Januar 2020 von der Bundesregierung im Einvernehmen mit den betroffenen Bundesländern finalisiert wurden¹, wähten sich die verantwortlichen Politiker sicherlich noch in einer weitestgehend intakten, heilen Welt: Dank einer schier endlosen Nullzinsphase wuchs die Wirtschaft in ganz Europa stetig. Beschäftigungsrekorde konnten erzielt werden und die Globalisierung zeigte sich dynamisch, obwohl der deutsche Außenhandelsaldo bereits 2016 seinen Höhepunkt überschritten hatte².

Direkt danach verschlechterte sich die Lage rapide: Erst versetzte die Corona-Politik die deutsche Wirtschaft in ein künstliches Koma. Insbesondere die „Null-Covid“-Strategie Chinas sorgte zudem jahrelang für Unterbrechungen internationaler Lieferketten. Schließlich kamen ab 2022 die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine als weitere Belastung für deutsche Unternehmen dazu. Neben den geopolitischen Verwerfungen, die eine De-Globalisierung auslösten, gingen in Folge der Sanktionspolitik durch die Bundesrepublik Deutschland und Europäische Union die Energiekosten regelrecht durch die Decke. Trotz des Gasmangels und weltmeisterlicher Strompreise hielt die Bundesregierung jedoch an ihrem Ausstieg aus der Kernkraft fest, wodurch Deutschland vom Stromexporteur zum Stromimporteur abrutschte, um eine Stromlücke zu vermeiden.

Das Resultat dieser Misere ist eine bis vor wenigen Jahren für unmöglich gehaltene Investoren- und Industrieflucht. „Noch nie haben Unternehmen so viel Geld aus Deutschland abgezogen wie im vergangenen Jahr“, vermeldete das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) alarmiert im Juni 2023. „Rund 132 Milliarden Dollar (125 Milliarden Euro) mehr Direktinvestitionen flossen 2022 aus Deutschland ab, als im gleichen Zeitraum in die Bunderepublik investiert wurden.“³

Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Großunternehmen mit wichtigen Standorten in Brandenburg schon Nägel mit Köpfen gemacht: Der Chemiekonzern BASF will seine Kosten in Deutschland deutlich reduzieren und investiert dafür lieber zehn Milliarden Euro in China. Betroffen von den Sparplänen ist zwar zunächst hauptsächlich der Standort Ludwigshafen im Westen der Republik.⁴ Dennoch sei die Frage gestattet, ob es nicht das Ziel des „Strukturwandels“ hätte sein müssen, deutsche Konzerne zu Investitionen in der Lausitz statt in China oder den USA zu motivieren? Obwohl Brandenburg für diesen Strukturwandel zehn Milliarden Euro einsetzen kann, scheint diese Summe nicht auszureichen, um allein dafür zu sorgen, bereits angesiedelte Unternehmen von einem Standortausbau zu überzeugen.

Deutlich wird somit, dass die zur Verfügung stehenden Strukturwandel-Gelder mittlerweile in Relation zu anderen Subventionen gestellt werden müssen: Der Kieler Subventionsbericht beziffert die Finanzhilfen des Bundes für 2023 auf „mehr als das Doppelte“ gegenüber dem

¹ Zum genauen Zeitplan, vgl. BMWK: Kohleausstieg und Strukturwandel. Online unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/kohleausstieg-und-strukturwandel.html> (2023-10-26)

² Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Aussenhandel/Irahl01a.html> (2023-10-26)

³ Institut der deutschen Wirtschaft (IW): Investitionen: Geldabflüsse in Deutschland so hoch wie nie. Online unter: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-rusche-geldabfluesse-in-deutschland-so-hoch-wie-nie.html> (2023-10-26)

⁴ Vgl. Focus vom 29.10.2022: BASF investiert in China. Wenn Deutschland nicht gegensteuert, flieht die Industrie ins Ausland. Online unter: https://www.focus.de/finanzen/news/basf-investiert-in-china-wenn-deutschland-nicht-gegensteuert-flieht-die-industrie-ins-ausland_id_172633199.html (2023-10-26)

Vorjahr. 2021 betrug sie 77 Milliarden Euro, 2022 waren es 98 Mrd. Euro und 2023 sind insgesamt 208 Mrd. Euro zu erwarten. Am meisten wurde dabei für die – höchstwahrscheinlich verfassungswidrige – Strompreis- (43 Mrd. €) und Gaspreisbremse (40 Mrd. €) ausgegeben.⁵

Doch selbst diese gigantischen Hilfen scheinen nicht genug zu sein, um die Industrieflucht abzuwenden. Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck will die Schuldenbremse lockern, um der Industrie – trotz des epochalen Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 – weitere direkte und indirekte Subventionen anbieten zu können. Der Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Prof. Dr. Moritz Schularick, sagte dazu, die vorgestellte Industriestrategie sei lediglich ein neues „Einfallstor für Lobbyinteressen von Sektoren, die an die öffentlichen Fleischtöpfe wollen, ohne dass für den Standort Deutschland oder Europa etwas gewonnen wäre“. Denn, so seine düstere Prognose: „Der Staat ist zwar nicht gut darin, die Gewinner von morgen zu finden, aber ganz sicher finden die Verlierer von gestern den Staat.“⁶

Festzustellen ist daher: Während 2019 die versprochenen 40 Milliarden Euro für alle deutschen Kohleregionen als eine immense Summe interpretiert werden konnten, sind sie angesichts der Entwicklungen in den letzten Jahren kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Trotzdem muss eine umsichtige Mittelvergabe gewährleistet werden, damit die Wahrscheinlichkeit steigt, die „Gewinner von morgen“ zu finden, statt Almosen an die „Verlierer“ zu vergeben. Schularick ist allerdings in einer Hinsicht zu korrigieren: Die größte Gefahr von Subventionen und eines „Strukturwandels“ liegt weniger darin, die Falschen zu fördern. Die größte Gefahr ist vielmehr, dass lediglich die Verwaltung und staatsnahe sowie zeitgeisthörige Unternehmen profitieren. Innovationen entstehen nach unserem Verständnis indes vor allem, wenn Konventionen hinterfragt werden. Der niederländische Chemie-Ingenieur Paul Rulkens hat dies in einem millionenfach aufgerufenen TED-Vortrag⁷ zu der These verdichtet, dass die Mehrheit immer falsch liege, weil sie innerhalb des vorgegebenen Rahmens denkt, während Erfindungen und Innovationen das Denken außerhalb dieses Rahmens („Thinking outside the box“) erfordern. Innovationen entstehen, wenn Taxi-Unternehmen beschließen, keine Taxifahrer mehr zu beschäftigen (Uber) und Möbelhäuser es den Kunden zumuten, die Schränke selbst zusammenbauen zu müssen (IKEA). Zu einer guten Innovationspolitik gehört selbstverständlich auch immer eine Kultur des Scheiterns für junge Unternehmen, die hohe Risiken eingehen, um neuentdeckte Chancen zu nutzen. Während diese Unternehmen, die für einen erfolgreichen Strukturwandel benötigt werden, der Natur der Sache nach ein hohes Risiko auf sich nehmen und abseits des Mainstreams Projekte entwickeln müssen, ist der Staat gefordert, gesamtgesellschaftliche Risiken zu minimieren. Daraus ergibt sich ein kaum aufzulösendes, schwieriges Spannungsverhältnis.

Zum Zwecke der Risikominimierung des Strukturwandels wurde im Jahr 2016 den inzwischen mitregierenden Grünen im Brandenburger Landtag vom Wuppertal Institut empfohlen, neben einer „Energiestrategie 2030“ weitere „Szenarien zu ergänzen, die einen Zeithorizont bis zum Jahr 2050 adressieren“. Das Szenario 2050 müsse vor allem dann zum Einsatz kommen, wenn sich die Strompreise negativ entwickeln und der Ausbau

⁵ IfW Kiel vom 12.10.2023: Kieler Subventionsbericht: Energiehilfen katapultieren Subventionen nach oben. Online unter: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/kieler-subventionsbericht-energiehilfen-katapultieren-subventionen-nach-oben/> (2023-10-26)

⁶ IfW Kiel vom 24.10.2023: Deutschlands Industriestrategie: Den Blick vom Rückspiegel lösen. Online unter: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/deutschlands-industriestrategie-den-blick-vom-rueckspiegel-loesen/> (2023-10-26)

⁷ Vgl. Youtube vom 21.10.2014: Paul Rulkens: Warum die Mehrheit immer falsch liegt. TEDx Talks. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=VNGFep6rncY> (2023-12-06)

„erneuerbarer Energien“ nur schleppend vorangehe. Zudem spiele die „Einsatzfähigkeit von CCS“⁸ eine Rolle bei der Bestimmung eines Enddatums für die Braunkohle.⁹

Hätten die Grünen, die Landesregierung Brandenburg oder der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf diese Empfehlungen gehört, hätten sie schon längst den Kohleausstieg von 2038 auf 2050 strecken müssen. Eine Neubewertung des Strukturwandels hätte sich daran zwingend angeschlossen. Indessen werben die Grünen weiter für einen Kohleausstieg 2030.

Die vorliegende Studie will vor diesem Hintergrund prüfen, wie eine verantwortungsbewusste Strukturpolitik für die vom Kohleausstieg betroffene Lausitz und andere periphere Regionen gelingen kann. Die Fachliteratur unterscheidet zwischen einer „konservierenden“, „nachsorgenden“ und einer „vorausschauenden“ Strukturpolitik. Die konservierende Strukturpolitik wird dabei abqualifiziert, weil sie alte Branchen erhalten wolle und damit rückwärtsgewandt sei. Der nachsorgenden Strukturpolitik wird unterstellt, lediglich die sozialen Härten abfedern zu wollen. Joachim Ragnitz vom *ifo Institut Dresden* und andere Ökonomen sprechen sich eindeutig für eine „vorausschauende Strukturpolitik“ aus, die „künftige Entwicklungen zu antizipieren“ und den Wegfall alter Industrien durch die „Förderung alternativer (Wirtschafts-)Strukturen zu kompensieren“ habe.¹⁰

Das klingt auf den ersten Blick einleuchtend und ganz im Sinne der notwendigen Förderung abseitiger Ideen (Paul Rulkens), bringt aber auch neue Probleme mit sich. Weil es schwierig ist, die Gewinner von morgen zu identifizieren – wie das IfW Kiel richtig diagnostiziert – neigt die „vorausschauende Strukturpolitik“ unter Umständen zu einer Planwirtschaft, die an der Nachfrage vorbei Güter produzieren lässt, für die sich später keine Käufer finden. In diese Falle scheint zum Beispiel Volkswagen mit seinem E-Auto-Werk in Zwickau gelaufen zu sein. Aufgrund der Absatzschwäche der mit großzügigen Subventionen produzierten Fahrzeuge wurde inzwischen mit einem Stellenabbau begonnen.

Darüber hinaus lässt sich die Hypothese formulieren, dass der Staat aufgrund seiner natürlichen Risikoaversion niemals Querdenker fördert, sondern immer zu dem für Erfindungen und Innovationen verhängnisvollen Fehler neigen wird, Projekte innerhalb des Rahmens und somit gesellschaftlicher Moden auszuwählen.

Unsere Studie möchte daher die blinden Flecken der vorausschauenden Strukturpolitik kritisch beleuchten und wird insbesondere mit Blick auf die Energieversorgung diskutieren, ob die künstliche Beschleunigung schöpferischer Zerstörungen durch die Politik eine gute Idee ist. Um darauf eine Antwort zu finden, reicht es nicht aus, auf verhältnismäßig alte Ansätze der Wirtschaftswissenschaften wie die Kontratjew-Zyklen zurückzugreifen. Vielmehr erscheint es uns sinnvoll, mit Vaclav Smil die Unterschiede zwischen Erfindungen und am Markt erfolgreichen Innovationen herauszuarbeiten. Vorrangig mit Blick auf das 20. Jahrhundert erklärt Smil, dass zahlreiche Erfindungen eben nicht bis zur Marktauglichkeit weiterentwickelt werden konnten, sondern letztendlich scheiterten. Ob dieses Schicksal auch die „erneuerbaren Energien“ oder die Elektromobilität ereilt, ist dabei nicht der springende Punkt. Entscheidend ist, dass die Politik ein solches Scheitern bei ihrer Innovationspolitik in

⁸ CO₂-Abscheidung und -Speicherung.

⁹ Vgl. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: Strategische Ansätze für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz. Was lässt sich aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und dem Rheinischen Revier lernen? Im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag. Februar 2016. S. 15. Online unter: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/6981/file/6981_Lausitz.pdf (2023-10-26)

¹⁰ Umweltbundesamt: Analyse des historischen Strukturwandels in der Lausitz. Climate Change 31/2021. S. 15. Online unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2021-12-28_cc_31-2021_fallstudie_analyse_historischer_strukturwandel_lausitz.pdf (2023-10-26)

Form einer Wahrscheinlichkeitsrechnung einkalkulieren muss. Das gilt ebenso für alle anderen Erfindungen, die im Zuge des „Strukturwandels“ mit Steuergeldern vorangebracht werden sollen.

Die Kritik des Ansatzes der vorausschauenden Strukturpolitik wird uns schließlich dazu führen, wie eine intelligente Spezialisierung für strukturschwache Regionen aussehen sollte und ob dabei eine Entlastungsstrategie mit „Sonderwirtschaftsregionen“ wie im benachbarten Polen eventuell einer Förderstrategie vorzuziehen ist, um besonders gute Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen.

Schließlich – das sei hier nur angedeutet – ließe sich auch die Position vertreten, dass im streng marktwirtschaftlichen Sinne ganz auf Strukturpolitik verzichtet werden muss und nur eine Infrastrukturpolitik betrieben werden sollte, die mit indirekten Anreizen arbeitet. Marktwirtschaften verlangen von der Politik lediglich einen Unterbau (lat. infra = unterhalb). Eine direkte Steuerung sollte vermieden werden. Diese Position lässt sich allerdings – rein landespolitisch betrachtet – schwer mit den zugesagten Strukturwandelmitteln vereinbaren. Zudem wäre es bei strikter Befolgung dieser Position gar nicht erst zum politisch verordneten Kohleausstieg gekommen.

2 Evaluation des Strukturwandels im Auftrag der Bundesregierung

Wer im Sommer 2023 die Berichterstattung über das Gutachten zur Verwendung der Kohlemilliarden verfolgt hat, kommt entweder zu dem Schluss, dass der Strukturwandel – abgesehen von der schleppenden Fachkräftegewinnung – passabel angelaufen ist, oder das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ein regierungsfreundliches Zwischenfazit abgeliefert hat. So resümiert die Sächsische Zeitung, es gebe einen „Mangel an Erwerbspersonen“, weshalb die „Willkommenskultur“ belebt werden müsse.¹¹ Vermutlich sind die Journalisten zu dieser Einschätzung gelangt, weil sie nur die Zusammenfassung des Gutachtens gelesen haben.¹² Der Zündstoff steckt jedoch im – anscheinend von der breiten Öffentlichkeit bisher ignorierten – Mittelteil der Studie.

Die Studienautoren führen aus, dass in jedem Fall bzw. von der Regierung präferierten Szenario¹³ die Bruttowertschöpfungseffekte des Kohleausstiegs für alle betroffenen Regionen und damit auch Deutschland insgesamt negativ ausfallen dürften.¹⁴ Deutschlandweit dürften sich die negativen Effekte auf 8,8 bis 10,2 Milliarden Euro an Wertschöpfungsverlust belaufen. In der Lausitz wird ein negativer Effekt von 2,4 bis 2,9 Milliarden Euro prognostiziert.

Hinzu komme die „Gasmangellage“, die sich aufgrund des hohen Anteils an Industrie in den Kohleregionen besonders verheerend auswirke. Die Autoren sind der Ansicht, die Gasmangellage dürfte noch „gravierendere wirtschaftliche Einschnitte“ nach sich ziehen als ein Kohleausstieg 2030. „In der Lausitz wäre besonders der Landkreis Spree-Neiße in

¹¹ Vgl. Sächsische Zeitung vom 16.08.2023: Gutachten zu Kohlemilliarden: Mehr Mittel in Verfügbarkeit von Arbeitskräften lenken. Online unter: <https://www.saechsische.de/wirtschaft/kohle/gutachten-zu-kohlemilliarden-mehr-mittel-in-verfuegbarkeit-von-arbeitskraeften-lenken-5896423.html> (2023-11-01)

¹² Vgl. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Begleitende Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) und des STARK-Bundesprogramms. IWH Studies 5/2023. S. 52. Online unter: https://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/iwh_studies/iwh-studies_2023-05_de_InvKG_STARK.pdf (2023-11-02)

¹³ Unabhängig davon, ob der Kohleausstieg bis 2038 oder 2030, wie im Koalitionsvertrag der Ampel angedacht, durchzuführen ist.

¹⁴ Ebd. S. 44

Mitleidenschaft gezogen, der zu den 30 am stärksten betroffenen Kreisen gehört“, heißt es in der Studie. Neben dem Landkreis Spree-Neiße ist auch für den Kreis Teltow-Fläming die höchste von insgesamt fünf Stufen bezogen auf den Verlust an Bruttowertschöpfung durch eine Gasmangellage ausgewiesen.

Ferner werden Vergleichszahlen für die Erdgasintensität im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Jahr 2019 angegeben: Von 341 Kreisen, für die entsprechende Daten zum Erdgasverbrauch vorliegen, landet der Kreis Spree-Neiße auf Rang 331¹⁵, Dahme-Spreewald auf Rang 268 und Elbe-Elster auf 250. Für Cottbus und den Oberspreewald fehlen die Zahlen. Trotz dieser Unvollkommenheit ist die Schlussfolgerung des IWH plausibel: „Die Vulnerabilität eines bedeutenden Anteils der Braunkohlereviere im Hinblick auf Preissteigerungen von Erdgas kann demzufolge als hoch eingestuft werden. Die Kombination von Energiekrise und Braunkohleausstieg stellt somit für diese Regionen eine außerordentliche Belastung dar.“¹⁶

Auch ansonsten ist das Gutachten überraschend kritisch: Die vorhandene wissenschaftliche Literatur zum Kohleausstieg und „Strukturwandel“ wird dahingehend zusammengefasst, dass die eingeschlagene Regionalentwicklung zwar „in vielen Fällen die lokalen Lebensbedingungen verbessern, aber kaum das regionale Wachstumspotenzial steigern“ könne. Es gebe zudem die „Tendenz Infrastrukturmaßnahmen, die ohnehin erfolgt wären, als Strukturstärkung zu verbuchen“. In den Kommunen würden die „Strukturwandelmittel als Erweiterung der Haushaltsspielräume gesehen und für Maßnahmen ohne Problembezug verwendet“.¹⁷

Neben der Verkehrsinfrastruktur erfolgt eine ambivalente Einschätzung des Ausbaus der Kommunikationsinfrastruktur (Breitband). Zwar sind diese Maßnahmen zu begrüßen. Dennoch sind übertriebene Erwartungen unangebracht, da die empirische Literatur belege, dass der Breitbandausbau in Ballungsgebieten höhere wirtschaftliche Effekte habe als in ländlichen Gegenden.¹⁸ Die Hoffnung, Großstädter aus Berlin davon zu überzeugen, in den Spreewald zu ziehen, dort tageweise in einem „Coworking Space“¹⁹ zu arbeiten und nur gelegentlich in die Firmenzentrale zu pendeln, steht – wissenschaftlich betrachtet – auf sehr wackeligen Beinen.

Ähnlich seien die staatlichen Bemühungen auf dem Feld der Kultur und Gesundheit zu bewerten: In beiden Bereichen seien positive Auswirkungen „auf die lokale Wirtschaft“ mit Blick auf andere Regionen und die Vergangenheit „kaum nachweisbar“²⁰. Auch Revitalisierungsprogramme zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und „Sozialkapitals“ hätten „allenfalls begrenzte Wirkungen auf die Verringerung von Kriminalität“²¹ und anderen Faktoren des allgemeinen Wohlbefindens.

Brandenburg setzt seine Schwerpunkte beim Einsatz der Strukturwandelgelder in den Bereichen Infrastruktur²² sowie „Forschung und Entwicklung“.²³ Zunächst muss hier festgehalten werden, dass diese Mittel selten unmittelbar per Fördergeldvergabe Investitionen der freien Wirtschaft flankieren, sondern hauptsächlich bei staatsnahen

¹⁵ Je höher der Rang, desto höher die Erdgasintensität der Industrie.

¹⁶ Ebd., S. 45-48

¹⁷ Ebd., S. 13

¹⁸ Ebd., S. 22

¹⁹ Vgl. <https://spreework.de/> (2023-11-02)

²⁰ IWH 2023, S. 23

²¹ Ebd., S. 25

²² Zu 94,6 % Schiene. Vgl. ebd., S. 27

²³ Ebd., S. 28

Unternehmen wie der Deutschen Bahn²⁴ bzw. bei staatlichen²⁵ oder staatsnahen Institutionen landen, bei denen Bund und Länder die Grundfinanzierung übernehmen wie der Fraunhofer-Gesellschaft²⁶. Wenig verwunderlich findet dann eine ideologisch einseitige Forschung zu regierungsgenehmen Projekten statt. In Cottbus lauten die Vorhaben der Fraunhofer-Gesellschaft „Reallabor“ für die „Energiewende“, „grüne Wärmenetze“, Transformation zu „klimaneutralen Energiesystemen und die Einführung einer Wasserstoff-Wirtschaft“. Eingesetzt werden dafür 33,5 Millionen Euro.²⁷

Verglichen mit den anderen Kohleregionen²⁸ hat Brandenburg bisher allerdings mit großem Abstand am wenigsten Mittel verplant. Die Budgetauslastung lag Ende 2022 bei 55,1 Prozent, während für den sächsischen Teil des Mitteldeutschen Reviers schon 99,2 Prozent aller verfügbaren Mittel einzelnen Projekten zugewiesen wurden.²⁹ Positiv betrachtet, könnte Brandenburg also aus bisherigen Fehlern beim Strukturwandel noch lernen. Negativ betrachtet, ließe sich indes auch die Meinung vertreten, dass Brandenburg beim Strukturwandel hinterherhinkt und die anderen Bundesländer den Umbruch zügiger eingeleitet haben.

3 „Krasse Lausitz“ – echt eh? Anmerkungen zum Regionalmarketing und Leuchtturmprojekten

3.1 Knappe markensoziologische Bewertung

Um den „Wandel vom Bergbaurevier zu Europas Modellregion für Klimaschutz und nachhaltiges Wachstum“ voranzubringen, bewirbt das Land Brandenburg die Lausitz als „krasse Gegend“. Die entsprechende Kampagne wurde am 28. Dezember 2022 gestartet. Auf der dazugehörigen Webseite *krasse-lausitz.de* werden die wichtigsten Strukturwandel-Projekte vorgestellt, Arbeitsstellen angeboten und „Stories“ über den ausgerufenen Aufbruch erzählt. Im Gegensatz dazu wirbt das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung mit Videos und 62 Großplakaten unter dem Hashtag „#HIERwirdWAS“³⁰. Während Brandenburg allem Anschein nach mit aufgesetzter Jugendllichkeit potentielle Zuzügler überzeugen möchte, adelt der sächsische Regionalminister Thomas Schmidt (CDU) „die kreativen Köpfe, die hier etwas bewegen wollen“ als „wichtigste Ressource“ unseres Landes.³¹ Die sächsische Kampagne richtet sich also ausdrücklich nach innen. Brandenburg wendet sich nach außen. Beachtung finden sollte auch die Image-Kampagne der Lausitzer Landkreise: Der Landkreis Görlitz vermarktet sich mehrdeutig als „Unbezahlbarland“. Gemeint ist unbezahlbar schön. In Zeiten hoher Inflation dürften allerdings andere,

²⁴ 100 Prozent im Eigentum des Bundes.

²⁵ Z.B. Hochschulen und Universitäten.

²⁶ Vgl. <https://www.fraunhofer.de/de/ueber-fraunhofer/profil-struktur/zahlen-und-fakten/finanzen.html> (2023-11-02)

²⁷ <https://www.ieg.fraunhofer.de/de/presse/pressemitteilungen/2022/modellregion-lausitz-energiewende.html> (2023-11-02)

²⁸ Sächsische Lausitz, Mitteldeutsches Revier, Rheinisches Revier

²⁹ IWH 2023, S. 26

³⁰ SMR: HIERwirdWAS. Online unter: <https://www.youtube.com/@HIERwirdWAS/about> (2023-11-07)

³¹ Vgl. SZ Weißwasser vom 02.11.2023: So wirbt der Freistaat für den Strukturwandel. Online unter: <https://www.saechsische.de/weisswasser/so-wirbt-der-freistaat-fuer-den-strukturwandel-5927137-plus.html> (2023-11-07)

ungewollte Assoziationen in Bezug auf die Bezahlbarkeit ausgelöst werden und überwiegen.³²

Es liegen somit mehrere Zielkonflikte vor, da beide Bundesländer und die Landkreise die „Lausitz“ vermarkten wollen, aber uneinheitlich und damit widersprüchlich kommunizieren. Zur Kampagne Brandenburgs lässt sich sagen: Das Wörtchen „krass“ hat eine wechselvolle Begriffskarriere hinter sich. Im 18. Jahrhundert kam es unter Studenten auf, die damit unansehnliche dicke Kommilitonen bzw. grobe Gestalten bloßstellen wollten. Hergeleitet werden kann „krass“ vom lateinischen „crassus“ (beleibt, schlammig, derb, ungebildet). Ausgewählt wurde der Begriff aber vermutlich aufgrund seiner Verbreitung in der Jugendkultur. Die Ausrichtung auf eine junge, hippe, tendenziell eher westdeutsche Zielgruppe wird auf der Webseite unterstützt, indem behauptet wird, Brandenburg sei auf dem Weg zu einem „Grünstromland“ und ein „multikultureller Kosmos“.

Man kann die Strategie des Landes Brandenburg als den Versuch eines „Reframings“, d.h. einer Neudefinition, einordnen. Die Frage bleibt dennoch, ob diese Strategie aus wissenschaftlicher Sicht zielführend für das Anwerben von Arbeitskräften bzw. Investoren ist. Unter Rückgriff auf die Markensoziologen Arnd Zschiesche und Oliver Errichiello lässt sich das eindeutig beantworten. Zunächst: Sollten Regionen wie die Lausitz zu einer Marke aufgebaut werden? Zschiesche und Errichiello bejahen das: „Stadt, Dorf, Region, Landschaft: Jede Herkunft verfügt über positive Alleinstellungsmerkmale, die sich herausarbeiten lassen. Städte wie Regionen stehen in einem Wettbewerb um Investoren, Touristen, Bürger und Firmen und müssen sich zunehmend differenzieren – die Schärfung der Marke ist das Mittel dazu.“³³

Abgeraten wird allerdings ausdrücklich davon, sich an junge Zielgruppen anzubiedern. Denn: „Marken bleiben allein über junge Leistungen jung – nicht über die Jagd nach jungen Zielgruppen.“³⁴ Markenbildung gelinge, wenn Menschen „mit einer Leistung dauerhaft zufrieden“³⁵ sind, definieren die Markensoziologen. Dann entstehe über einen längeren Zeitraum Vertrauen. Auf dieses Vertrauen komme es „regional wie global“³⁶ im Markenmanagement an. Der Grund dafür: „Je komplexer die Welt, umso stärker der Wunsch nach bekannten und bewährten Mustern im Alltag.“³⁷

Für die Lausitz wäre somit zu klären, was ihre „Ur-Idee“ ist, welche dauerhafte Leistung sie hervorgebracht hat und warum die Verortung in der Lausitz Sicherheit und Verlässlichkeit bietet. Marken können nur über ihre Herkunft „das Wohnzimmer der Seele“³⁸ schmücken. Daher spricht vieles für eine patriotische, heimatverbundene Regionalmarke, statt die eigene Vergangenheit zu verleugnen und den Versuch zu unternehmen, bei null mit einem neuen Projekt zu beginnen.

³² SZ vom 04.12.2023: Inflationszeit: Sollte der Kreis Görlitz sich weiter als „Unbezahlbarland“ vermarkten? Online unter: <https://www.saechsische.de/goerlitz/lokales/inflation-sollte-der-kreis-goerlitz-weiter-mit-der-kampagne-unbezahlbarland-werben-eno-sven-mimus-5938529-plus.html> (2023-12-18)

³³ Arnd Zschiesche/Oliver Errichiello: Marke statt Meinung. Die Gesetze der Markenführung in 50 Antworten. Offenbach 2018. S. 140

³⁴ Ebd., S. 149

³⁵ Ebd., S. 22

³⁶ Ebd., S. 44

³⁷ Ebd., S. 50

³⁸ Ebd., S. 51

3.2 Knappe Bewertung der einzelnen Leuchtturm-Projekte

Auf der Kampagnen-Seite „Krasse Lausitz“ werden 16 Leuchtturmprojekte vorgestellt. Dabei handelt es sich um:

- Neues Werk der Deutschen Bahn mit 1.200 Industriearbeitsplätzen zur Reparatur/Wartung des ICE4 in Cottbus: Zuzuordnen ist diese Investition den Bereichen Infrastruktur und Wertschöpfung³⁹. Es handelt sich bei der Deutschen Bahn allerdings um einen Staatskonzern.
- LEAG-Gigawatt-Factory, Solar- und Windindustrieanlagen: Versprochen werden hier 3.000 Arbeitsplätze. Die Verluste durch den Kohleausstieg können also nicht eins zu eins im Energiesektor kompensiert werden.⁴⁰ Zuzuordnen ist dieses Projekt dem Bereich Wertschöpfung. Zu bedenken ist indes, dass die LEAG für diese Investitionen auf eine Sonderförderung in Höhe von 1,75 Milliarden Euro aufgrund der Entschädigungen für den Kohleausstieg zurückgreifen kann. Dies ergibt sich aus dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz.⁴¹
- Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus: Investitionen in Höhe von 2,1 Milliarden Euro durch Bund und Land sollen 1.300 neue Stellen in Forschung und Lehre sowie 1.200 Studienplätze schaffen. Zuzuordnen ist dieses Projekt der Wissenschaft und Daseinsvorsorge. Es handelt sich um staatliche Stellen, die keine direkte Wertschöpfung hervorbringen.
- Lausitz Science Park in Cottbus mit Fraunhofer-Instituten und Partnern wie LEAG, BASF, Deutsche Bahn und Rolls-Royce. Erhofft werden sich davon bis zu 10.000 Arbeitsplätze. Zuzuordnen ist der Wissenschaftspark dem Bereich „Forschung und Entwicklung“.
- Die Fernwärmeversorgung für Cottbus durch die Stadtwerke im Rahmen der „Wärmewende“ ist dem Bereich „Umwelt“ zuzuordnen. Die Stadt Cottbus ist zu 74,95 % an den Stadtwerken beteiligt. Es handelt sich also ebenso um die Förderung eines staatsnahen, kommunalen Unternehmens.
- Die „Boomtown Cottbus“ soll zudem mit einer erweiterten Straßenbahnverbindung zum neuen Wissenschaftspark unterstützt werden. Dieses Projekt ist dem Bereich „Infrastruktur“ zuzuordnen.
- Ein weiteres Infrastrukturprojekt der Cottbusverkehr GmbH und LEAG sind wasserstoffbetriebene Busse. In anderen Städten wie Wiesbaden⁴² und Montpellier⁴³

³⁹ Bzw. noch genauer in diesem Fall: Werterhaltung

⁴⁰ Zum Vergleich: Statista: Anzahl der Beschäftigten im Braunkohlenbergbau in der Lausitz in den Jahren von 1958 bis 2022. Online unter:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161205/umfrage/braunkohlenbergbau-beschaefigte-in-der-lausitz-seit-1960/> (2023-11-08)

⁴¹ IWH 2023. S. 20

⁴² Hessenschau vom 15.12.2022: Wiesbaden schafft Wasserstoffbusse ab - und kauft Dieselbusse. Online unter: <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/wiesbaden-schafft-wasserstoffbusse-ab---und-kauft-dieselbusse-v4,wasserstoff-busse-wiesbaden-100.html> (2023-11-08)

⁴³ Efahrer.com vom 02.04.2022: Stadt tauscht Elektro- und Wasserstoff-Busse: Die Kosten fallen auf ein Sechstel. Zitat: „Die Betriebskosten für Wasserstoff-Busse seien laut der Stadt mehr als sechsmal so hoch wie für batterieelektrische Busse. Konkret rechnet die Stadt mit Kosten von 95 Cent pro Kilometer für die H2-Busse

wurden Wasserstoff-Busse bereits wieder abgeschafft, weil sie das Sechsfache an Kosten verursachten im Vergleich zu anderen Antrieben.

- Erschließung zusätzlicher Flächen für den Industriepark Schwarze Pumpe und verkehrstechnische Anbindung durch die Stadt Spremberg: Dieses Projekt ist dem Bereich Infrastruktur zuzuordnen.
- Ebenso ist in Guben eine Erweiterung vorhandener Flächen der Gewerbegebiete angedacht: Das kanadische Unternehmen Rock Tech Lithium will hier eine Lithium-Raffinerie aufbauen.

Wir nehmen daher eine Einordnung in die Bereiche Infrastruktur und Wertschöpfung vor. 170 Mitarbeiter sollen hier arbeiten. Ab 2026 könnte die Zahl auf 300 steigen.

- Elektrifizierung der 23 Kilometer langen Bahnstrecke Forst-Cottbus bis 2032, um die Fahrtzeit um drei Minuten auf 16 Minuten zu verkürzen. Dieses Projekt mit einem überschaubaren Nutzen ist dem Bereich Infrastruktur zuzuordnen. Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland bei der Elektrifizierung hinterher: Asien hat mit 70 % einen deutlich höheren Elektrifizierungsgrad gegenüber Europa (50 %). In den letzten zehn Jahren stieg der Elektrifizierungsgrad in Indien von rund 30 auf über 80 Prozent und in China von knapp unter 50 % auf über 70 %. In Deutschland betrug die Steigerung in diesem Zeitraum nur drei Prozent.⁴⁴ Mit derartigen Infrastrukturprojekten wie für die Strecke Forst-Cottbus werden also Versäumnisse der Vergangenheit angegangen.
- Die Stadtverwaltung Schwarzheide investiert in eine „moderne Ausbildungsstätte“ – das „Leistungszentrum Westlausitz“ – mit Fokus auf die MINT-Berufe (Zuordnung: Aus- und Weiterbildung). „Es haben bereits über 80 Unternehmen ihr Interesse bekundet, die Angebote des Leistungszentrums zu nutzen“, heißt es auf der Kampagnen-Webseite Brandenburgs zu den vermuteten ökonomischen Vorteilen.
- Die Stadt Lübbenau will mit einem „klimaneutralen Bürogebäude“ bisherigen Großstädtern „Arbeiten und Leben im Grünen“ ermöglichen. In Lübben gibt es bereits einen „Coworking Space“. Für 19 Euro pro Tag kann man sich dort einen Arbeitsplatz mieten. Ein Monat kostet 129 Euro. Wer einen büroähnlichen Status mit einem eigenen Schreibtisch wünscht, zahlt 249 Euro pro Monat. Beratungsräume kosten 29 Euro pro Stunde. Auch in anderen Teilen Brandenburgs sind „Coworking Spaces“ geplant. Der Bahnhof Wittenberge soll mit 17 Millionen Euro z.B. entsprechend umgebaut werden.⁴⁵

Dies folgt der Regionalstrategie Brandenburgs, elf Entwicklungskorridore entlang von Bahnverbindungen von Berlin hinaus aufs Land zu schaffen. Aufgrund dessen ordnen wir auch diese Maßnahme dem Bereich „Infrastruktur“ zu, da zudem die Auslastung der

gegenüber 15 Cent pro Kilometer für die Batteriebusse.“ Online unter: https://efahrer.chip.de/news/stadt-tauscht-elektro-und-wasserstoff-busse-die-kosten-fallen-auf-ein-sechstel_106871 (2023-11-08)

⁴⁴ Vgl. LOK Report vom 26. Oktober 2023: SCI Verkehr: Europa will nachziehen bei Bahnelektrifizierung und treibt damit das kontinentale Marktwachstum. Online unter: <https://www.lok-report.de/news/deutschland/industrie/item/44966-sci-verkehr-europa-will-nachziehen-bei-bahnelektrifizierung-und-treibt-damit-das-kontinentale-marktwachstum.html> (2023-11-09)

⁴⁵ Vgl. Thorsten Metzner für Tagesspiegel vom 29.11.2022: An den neuen Boom-Achsen: Brandenburgs Kabinettt legt zwölf Schlüsselprojekte fest. Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/an-den-neuen-boom-achsen-brandenburgs-kabinettt-legt-zwölf-schlusssprojekte-fest-8937340.html> (2023-11-09)

Büroräume fraglich ist. Um zusätzliche Anreize zu schaffen, stellt die Staatskanzlei den Projekten, die in diesen Entwicklungskorridoren entstehen, eine Bevorzugung bei Förderanträgen in Aussicht. Zum einen entsteht dadurch eine „regionale Unwucht“: Der Süden und Westen wird gegenüber dem Norden und Osten benachteiligt.⁴⁶ Zum anderen werden die langfristigen Erfahrungen mit der Förderung des früheren „Zonenrandgebiets“ ignoriert. Diese Förderung hatte dazu geführt, dass die an das Fördergebiet angrenzenden Regionen zurückfielen, es „hohe Umsiedlungsaktivitäten von Haushalten und Firmen“ gab und dadurch letztendlich „allenfalls ein kleiner Nettoeffekt“ entstanden ist. Auch dieser sei jedoch fraglich, weil in den geförderten Gebieten die Land- und Immobilienpreise stiegen. „Es haben also nicht die (*Mietezahlenden, Anmerkung Recherche Dresden*) Beschäftigten profitiert, sondern vor allem diejenigen, die vor Beginn der Förderung Immobilien besaßen“, konstatiert das ifo-Institut dazu.⁴⁷

- Bildungs- und Erlebniszentrum Kohle in Lauchhammer (Tourismus).
- „Innovationskorridor Berlin-Lausitz“ (Forschung und Entwicklung / Infrastruktur) mit dem „Zentrum für Künstliche Intelligenz in der Public Health Forschung des Robert-Koch-Instituts“ (RKI) im Dahme-Spreewald-Kreis. Das RKI ist eine Behörde des Bundesgesundheitsministeriums. Die Zuordnung zu „Forschung und Entwicklung“ ist hier also trügerisch.
- Hafen Königs Wusterhausen (Infrastruktur): Er wird betrieben von der LUTRA GmbH, die ein 100-prozentiges Tochterunternehmen⁴⁸ der Stadt Königs Wusterhausen ist. Der Hafen befindet sich unmittelbar vor den Toren Berlins. Bis 2017 diente der Hafen dem Kohleumschlag. 95 Prozent des Geschäfts des Hafens ist dadurch zunächst weggebrochen.⁴⁹ Gemessen am Güterumschlag entwickelt sich der Hafen negativ: 2022 betrug der Güterumschlag laut Verkehrsbericht der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) insgesamt 194.167 Tonnen.⁵⁰ Zum Vergleich: 2020 waren es 253.559 Tonnen⁵¹, 2017 waren es 894.824 Tonnen und 2015 waren es 1.676.000 Tonnen.⁵²
- Oberstufenzentrum Elbe-Elster in Elsterwerda für Elektronik, Gebäudetechnik, Betriebs- und Automatisierungstechnik (Weiterbildung).

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ifo Dresden berichtet 3/2015: Langfristige Effekte der Regionalpolitik. S. 28. Online unter: https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_15-03_20-28.pdf (2023-11-09)

⁴⁸ Vgl. PM der Staatskanzlei Brandenburg vom 18.09.2023: Infrastrukturprojekt umgesetzt: Neues Ladegleis im Hafen Königs Wusterhausen ist in Betrieb – Bau mit mehr als 10,3 Millionen Euro aus Strukturstärkungsgesetz. Online unter: <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.765710.de> (2023-09-11)

⁴⁹ Vgl. rbb vom 14.12.2022: Hafen Königs Wusterhausen investiert in neue Güterplätze und Gleisanlagen. Online unter: <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/wirtschaft/2022/12/hafen-koenigswusterhausen-expansion-tesla-transport.html> (2023-11-09)

⁵⁰ Vgl. Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes: Verkehrsbericht 2022. S. 48. Online unter: https://www.gdws.wsv.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Verkehrsberichte/Verkehrsbericht_2022.pdf;jsessionid=8F98B1A73FB445AEC98A638B3EF70D64.live11292?__blob=publicationFile&v=2 (2023-11-09)

⁵¹ Vgl. Verkehrsbericht von 2020, S. 44, https://www.gdws.wsv.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Verkehrsberichte/Verkehrsbericht_2020.pdf;jsessionid=874D9A6A71FAD544F91A6B8BEC51F0DB.live11313?__blob=publicationFile&v=4 (2023-11-09)

⁵² Ausgewiesen in den jeweiligen Verkehrsberichten des jeweiligen Jahres. Siehe ebd.

Fassen wir zusammen:

(1) Von den 16 Leuchtturmprojekten gehören neun zu Infrastrukturmaßnahmen. Mit Blick auf den Schienenab- und nun geplanten -wiederaufbau der letzten Jahrzehnte muss vor einem „Jojo-Effekt“ gewarnt werden. Von 1955 bis 2019 wurden in Deutschland 15.000 Kilometer Bahnstrecke rückgebaut (von 53.685 Kilometer auf 38.394 Kilometer).⁵³ In Westdeutschland kam es zu einem kontinuierlichen Rückbau. In den Neuen Bundesländern hingegen erfolgte eine abrupte Stilllegungswelle nach der Deutschen Einheit, die mit fehlender Nachfrage in den betroffenen Gebieten nach dem ÖPNV begründet wurde. Aufgrund des demographischen Niedergangs dürfte sich diese Nachfragesituation selbst dann nicht bessern, sollte es gelingen, mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu motivieren. Im Güterverkehr sieht es anders aus: Hier hat Deutschland mit einem Anteil von 19 Prozent⁵⁴ große Defizite bzw. ein enormes Potential nach oben, da es den europäischen Spitzenreitern gelungen ist, bis zu 70 Prozent des Gütertransport auf die Schiene zu bringen.⁵⁵

(2) Ein unmittelbar erkennbarer, direkter Beitrag zur Wertschöpfung wird bei drei von 16 Projekten deutlich, wobei damit keine Prognose verbunden ist, ob sich die jeweilige Technologie am Markt überhaupt durchsetzen kann bzw. welche Schwächen bestimmte Projekte wie z.B. der Fokus auf Solar- und Windkraft haben.

(3) Bei den drei Wertschöpfungsprojekten profitiert einmal ein Staatskonzern (Deutsche Bahn) von den Strukturwandel-Geldern. Bei einem weiteren Projekt steht die Investition sofort erkennbar mit einer milliarden schweren Sonderförderung in Zusammenhang (LEAG). Somit bleibt nur die Ansiedlung von Rock Tech Lithium als tatsächliche „Top-Ansiedlung für die Lausitz“⁵⁶ im Rahmen des begonnenen Strukturwandels. Dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen ist, wie teuer erkaufte diese Ansiedlung ist, zeigt das Bemühen des Unternehmens, nicht nur Fördermittel der Stadt und des Landes zu erhalten, sondern zusätzlich 200 Millionen Euro vom Bund.⁵⁷ Ausschlaggebend für die Ansiedlung scheinen also weniger die Rahmenbedingungen gewesen zu sein, sondern vielmehr die guten Aussichten auf Subventionen.

(4) Darüber hinaus festzuhalten bleibt, dass 13 der 16 Projekte durch staatliche bzw. staatsnahe Institutionen realisiert werden. Nur in Ausnahmefällen wird somit die freie Wirtschaft unterstützt. Hauptsächlich fließen die Fördergelder, um Vorhaben der Kommunen zu verwirklichen.

⁵³ Vgl. ifo Dresden berichtet 4/2021: 15 000 Kilometer Bahnstrecken weniger als vor 70 Jahren in Deutschland – Ost und West gleichermaßen betroffen. Online unter: https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_21-04_03-06_Gaebler.pdf (2023-11-09)

⁵⁴ Statistisches Bundesamt vom 29.03.2023: Güterverkehr in der EU: Keine Verlagerung auf Bahn und Schiff. Online unter: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Verkehr/gueterverkehr-eisenbahn.html> (2023-11-09)

⁵⁵ DHL Freight Germany: Güterverkehr-Statistik weltweit: Deutschland, Europa und international (27.04.2023). Online unter: <https://dhl-freight-connections.com/de/trends/gueterverkehr-statistik-weltweit-deutschland-europa-und-international/#:~:text=Das%20manifestiert%20den%20Ist%20Zustand,Sch%C3%A4tzungen%20zu%20einer%20Vervierfachung%20kommen> (2023-11-09)

⁵⁶ PM Staatskanzlei Brandenburg vom 27.03.2023: Eine Schlüsselinvestition für die Lausitz – Rock Tech setzt im Beisein von Ministerpräsident Woidke und Wirtschaftsminister Steinbach den ersten Spatenstich für die Lithiumfabrik in Guben. Online unter: <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.757205.de> (2023-11-09)

⁵⁷ Vgl. Rock Tech Lithium-Pressemitteilung vom 16.10.2023: Rock Tech beantragt Fördermittel für deutschen Lithium-Konverter. Online unter: <https://www.rocktechlithium.com/de/news/rock-tech-lithium-applies-for-additional-subsidies-for-its-guben-converter> (2023-11-09)

(5) Frappierend sind zudem die Konzentrationstendenzen der Projekte in lokaler Hinsicht: Sieben Projekte wurden in und um Cottbus gestartet. Ein weiteres (Hafen Königs Wusterhausen) ist im Einzugsgebiet der Hauptstadt Berlin angesiedelt. Auch die Tesla-Fabrik in Grünheide stärkt die direkte Umgebung Berlins. SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke kann somit Wortbruch nachgewiesen werden. Im Wahlkampf von 2019 hatte er ausgeschlossen, „ländliche Regionen weniger zu fördern“⁵⁸ als die großen Städte. Die Kritik an einer übermäßigen Berücksichtigung der Stadt Cottbus kommt sogar aus Cottbus selbst. Mehrere Ökonomie-Professoren der BTU Cottbus-Senftenberg haben für das ifo-Institut herausgearbeitet, dass vor allem die Stadt Spremberg vernachlässigt werde. „Hier leben fast 20 % der in den Kohleindustrien beschäftigten Personen. Spremberg gehört damit zweifellos zu den am meisten vom Kohleausstieg betroffenen Gemeinden des Brandenburger Fördergebiets. Die Kommune partizipiert bislang allerdings nur zu einem vergleichsweise geringen Anteil“ an den Strukturwandel-Maßnahmen.⁵⁹ 19,5 Prozent der Kohle-Beschäftigten wohnen in Spremberg. Jedoch gehen nur zwei Prozent der bewilligten Strukturwandel-Mittel in diese Gemeinde. Zum Vergleich: 60,4 Prozent der Gelder gehen nach Cottbus, obwohl hier nur knapp 30 Prozent der Kohle-Beschäftigten wohnen.

⁵⁸ rbb vom 03.08.2019: Noch vier Wochen bis zur Wahl: Woidke nimmt ländliche Regionen in Schutz. Online unter: <https://www.rbb24.de/politik/wahl/Landtagswahl/beitraege/brandenburg-woidke-streit-laendliche-regionen-co2-steuer-afd.html> (2023-11-09)

⁵⁹ Vgl. ifo Dresden berichtet 3/2022: Umsetzung der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz – eine Zwischenbilanz. Online unter: https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_22-03_12-18_Markwardt.pdf (2023-11-09)

Teil 2 – Lösungen

4 Herausforderungen unter den aktuellen Rahmenbedingungen

4.1 Grundlagen der Regionalpolitik

Die Gretchenfrage jeder Regionalentwicklung lautet, ob es gelingt, öffentliche Investitionen zu tätigen, „die private Investitionen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze“ auslösen. Der Regionalökonom Edwin von Böventer befürchtete allerdings, dass es meistens genau umgekehrt laufe. Bei einer „gleichmäßigeren Verteilung der öffentlichen Investitionen oder einer hauptsächlich auf dem Bedarf basierenden Verteilung“ folgen die öffentlichen Investitionen den privaten Investitionen. Mit diesem Gießkannenprinzip werde „de facto auf eine bewußte Raumstrukturpolitik verzichtet“.⁶⁰

Diese bereits vor über 50 Jahren gestellte Gretchenfrage ist beim Strukturwandel weiterhin aktuell. In der wissenschaftlichen Literatur wird sie flapsig als „Kindergartenproblem“⁶¹ behandelt. Macht es Sinn, mit den für den Strukturwandel bewilligten Fördermitteln Kindergärten zu bauen, Krankenhäuser auszubauen, Theater zu renovieren, neue Museen einzurichten, Fahrradwege anzulegen oder Fußballplätze zu bauen, um über eine Veränderung der weichen Standortfaktoren die Region attraktiver für Arbeitskräfte zu machen?

Die Anhänger einer „versorgungsorientierten Regionalpolitik“⁶² antworten darauf mit „Ja“ und argumentieren mit der im Grundgesetz ausgerufenen „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“⁶³. Die Anhänger einer „wachstumsorientierten Regionalpolitik“⁶⁴ dürften anderer Meinung sein und ein Versickern der Fördermittel für soziale Zwecke befürchten. Sie wünschen sich eine „optimale Faktorallokation im Raum“, damit sich die getätigten öffentlichen Investitionen langfristig in Form höherer Steuereinnahmen und eines Wachstums der Unternehmen rentieren. Neben dem versorgungs- und wachstumsorientierten Ansatz gibt es, Elisabeth Lauschmann folgend, die Möglichkeiten einer „stabilitätsorientierten Regionalpolitik“ und einer Mischung dieser Strategien, die sie „Regionalpolitik des mittleren Weges“ nennt.

Aus unserer Sicht kommt für den Strukturwandel in der Lausitz nur eine wachstumsorientierte⁶⁵ Regionalpolitik in Frage. Zum einen liegt das an den sehr begrenzten finanziellen Ressourcen. Angesichts der immensen Subventionen im Zuge der Energiekrise (siehe: Einleitung) wirken die zehn Milliarden Euro für einen Zeitraum von insgesamt 18 Jahren für den Strukturwandel in Brandenburg wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Es stehen, grob überschlagen, nur 500 bis 600 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr zur Verfügung. Angesichts eines Doppelhaushaltsvolumens von 33 Milliarden Euro des Landes Brandenburg erscheinen die Strukturwandel-Mittel lediglich als eine recht kleine Erweiterung des Machbaren. Brandenburg kann dadurch in der Größenordnung von drei bis vier Prozent höhere Ausgaben tätigen. Wird dieser überschaubare, zusätzliche Spielraum dazu genutzt, um sowohl wirtschafts- als auch sozialpolitische Ziele zu verfolgen, dürfte jeder Effekt

⁶⁰ Edwin von Böventer: Die räumlichen Wirkungen von öffentlichen und privaten Investitionen. Berlin 1971. S. 187. Zitiert nach: Elisabeth Lauschmann: Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik. 3. Auflage. Hannover 1976. S. 282

⁶¹ Ifo 3/2022: Umsetzung der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz – eine Zwischenbilanz. S. 14. Online unter: https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_22-03_12-18_Markwardt.pdf (2023-11-15)

⁶² Elisabeth Lauschmann: Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik. 3. Auflage. Hannover 1976. S. 238

⁶³ Art. 72 Abs. 2 GG

⁶⁴ Lauschmann 1976, S. 238

⁶⁵ Trotzdem sieht unsere Denkfabrik den Wachstumszwang in der Wirtschaftspolitik kritisch.

verpuffen. Eine versorgungsorientierte Regionalpolitik ist vor diesem Hintergrund zu verwerfen. Vielmehr sollte Brandenburg auf eine generell bessere Finanzausstattung der Kommunen dringen, da auf dieser untersten Ebene die Verbesserung der weichen Standortfaktoren richtig aufgehoben ist, während sich Bund und Land auf die harten Standortfaktoren konzentrieren sollten. Eine stabilitätsorientierte Regionalpolitik ist ebenso zu verwerfen. Lauschmann nennt als die drei wesentlichen Ziele dieser Strategie Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Alle diese Ziele haben ihre Berechtigung. Jedoch dürfte der Einfluss des Landes auf das Preisniveau marginal sein. Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) dürfte viel wirkmächtiger sein. Vollbeschäftigung ist in Brandenburg zwar noch nicht erreicht. Die Arbeitslosigkeit bewegt sich in der Nähe des bundesweiten Durchschnitts. Aufgrund des demographischen Niedergangs müssen absehbar zudem Strategien gefunden werden, wie mit weniger Arbeitskräften auszukommen ist, sofern man die Massenzuwanderung als keine gute Lösung für dieses Problem erachtet.⁶⁶ Zum internationalen Handel ist zu konstatieren, dass Brandenburgs Exporte derzeit – mit Ausnahme der Ausfuhren in die USA – besorgniserregend rückläufig sind.⁶⁷ Die Ausfuhren (8,8 Mrd. €) liegen deutlich unter den Einfuhren (12,2 Mrd. €).

Auch wenn es paradox klingt: Die Ansiedlung bzw. Stärkung exportstarker Unternehmen muss vor diesem Hintergrund genauso ein Hauptziel der Wirtschaftspolitik sein wie die strategische Neuausrichtung auf das Szenario einer Deglobalisierung, das sich aus internationalen Verwerfungen und der Entwicklung hin zu einer multipolaren Weltordnung ergibt. In Kapitel 4.4 wird erörtert, wie dieser Spagat gelingen kann. An dieser Stelle festzuhalten, bleibt aus unserer Sicht zunächst, dass eine wachstumsorientierte Regionalpolitik besser geeignet ist, beide Ziele zu erreichen, als eine stabilitätsorientierte.

Lauschmann führt aus, bei einer wachstumsorientierten Regionalpolitik sei „zunächst die Ausbaufähigkeit bestehender und die Möglichkeit zum Aufbau zusätzlicher regionaler Standortzentren“⁶⁸ zu überprüfen. Basierend auf dem „Prinzip Hoffnung“ ins Blaue hinein Infrastruktur zu bauen, hält sie für den falschen Weg. Vielmehr sei eine simultane Vorgehensweise nötig. Das heißt: Es müssen regionale Mindestgegebenheiten im Hinblick auf Infrastruktur sowie Anzahl und Qualität der benötigten Arbeitskräfte vorliegen, um dann bei konkreter werdenden privaten Investitionsentscheidungen zeitgleich zum Aufbau des Unternehmensstandorts die Infrastruktur mitwachsen lassen zu können.⁶⁹ In der Terminologie des Landesentwicklungsplanes⁷⁰ gesprochen, läuft das auf die Notwendigkeit der Stärkung der Mittelzentren⁷¹ hinaus, um die herum sich dann neue Produktionsstrukturen

⁶⁶ Gegen eine stabilitätsorientierte und für eine wachstumsorientierte Regionalpolitik spricht also folgender Umstand: „Wenn etwa einzelbetriebliche Subventionen einseitig an die Schaffung von Arbeitsplätzen gekoppelt werden, mag das sozialpolitisch vertretbar sein. Es kann aber dazu führen, dass wertvolle Fachkräfte in den falschen (weil unproduktiven) Unternehmen gebunden werden.“ Steffen Müller: Der Ost-West Produktivitätsunterschied: Was sagt die mikroökonomische Forschung? In: Wirtschaftsdienst, Heft 13, 2021, S. 21-25. Online unter: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/13/beitrag/der-ost-west-produktivitaetsunterschied-was-sagt-die-mikrooekonomische-forschung.html> (2023-12-19)

⁶⁷ Exporte nach Polen: -16,8 %. Tschechien: -14 %. Metalle: -20,4 %. Chemie: -14,8 %, Mineralöl: -25,9 %. Vgl. Statistik Berlin-Brandenburg vom 22.08.2023: Außenhandel Brandenburgs im 1. Halbjahr 2023. Zu beachten ist hier insbesondere die beigegefügte Excel-Tabelle. Online unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/158-2023> (2023-11-16)

⁶⁸ Lauschmann 1976, S. 239

⁶⁹ Ebd., S. 240

⁷⁰ Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29. April 2019. Online unter: https://gl.berlin-brandenburg.de/landesplanung/landesentwicklungsplaene/lep-hr/lep_hr_nichtamtliche_arbeitsfassung_text.pdf (2023-11-20)

⁷¹ Ebd., S. 33

bilden könnten bzw. Produktionsstrukturen im Sinne einer „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) von selbst erneuern. Das Ziel einer solchen wachstumsorientierten Politik wäre eine interregionale Arbeitsteilung mit Spezialisierungen in einzelnen Regionen, „wodurch zugleich für jeden Teilraum die Entwicklungsrichtung vorprogrammiert wäre“⁷². Womöglich problematisch an dieser Strategie ist, dass sich „Monostrukturen“ herausbilden können. Einzelne Branchen und damit Regionen würden dann in besonderem Maße von konjunkturellen Abschwüngen erfasst. Auch die Braunkohle in der Lausitz kann als eine solche „Monostruktur“ begriffen werden. Es ist jedoch unrealistisch, dass der Staat mit einem begrenzten Ressourcenaufwand in verhältnismäßig dünn besiedelten Regionen mit noch dazu sinkender Bevölkerung branchenübergreifend breit diversifizierte Investitionen anregen kann. Die Lausitz als Energieregion erhalten zu wollen und nicht der Illusion zu erliegen, daraus eine Energie-, Gesundheits- und Wissensregion machen zu können, ergibt daher durchaus Sinn. Dennoch bleibt die Frage, wie diese Konzentration auf Energie technologieoffen ausgestaltet werden kann, um nicht eine (grüne) Planwirtschaft zu errichten. Der Staat sollte sich also mit seiner auf bestimmte Teilräume fokussierten Förder- bzw. Entlastungspolitik dem Ideal einer technologieoffenen Spezialisierung versuchen anzunähern. Eine Vertiefung dieses Ansatzes erfolgt in Kapitel 4.6.

Generell steht die Regionalpolitik immer vor einer weiteren Grundsatzentscheidung, da sie sich zu den gesamtwirtschaftlichen Zielen der Nation positionieren muss. Entweder ist eine Politik „von der Region für die Nation“ möglich. Dann muss sich die Region der Nation und somit der nationalen Wirtschaftspolitik unterordnen. Oder es wird eine Politik „von der Region für die Region“ favorisiert.⁷³ Lauschmann gibt zu bedenken, dass eine solche „autonome Wirtschaftspolitik von einzelnen Teilräumen aus nur in Ausnahmefällen betrieben werden kann – sie würde ja auch eine entsprechende finanzwirtschaftliche Autonomie voraussetzen“.⁷⁴ Da die Bundesländer nur einen marginalen Einfluss auf ihre Steuer-Einnahmen haben, liegt diese Autonomie aktuell nicht vor, sondern muss erst politisch erkämpft werden. Aus Oppositionssicht ist dennoch eine Regionalpolitik, die die Wirtschaftspolitik des Bundes lediglich ergänzen will, ausgeschlossen. Unter den aktuellen Bedingungen einer Ampel-Koalition in Berlin kann für Brandenburg nur eine Regionalpolitik „von der Region für die Region“ empfohlen werden. Es ist folglich nach einem regional passenden Sonderweg zu suchen.

Ein weiterer Aspekt verdient besondere Beachtung: Wir hatten bereits ausgeführt, dass ein Hauptproblem jeder Regionalpolitik in einem gegen Null tendierenden Nettoeffekt liegt. Anders ausgedrückt: Wer Region A besonders fördert, riskiert einen Rückfall der angrenzenden Region B – so geschehen bei der Zonenrandförderung in der alten Bundesrepublik. Im schlimmsten Fall gibt es nur Mitnahme-Effekte staatlicher Unterstützungen durch Haushalte und Unternehmen. Bei der Ausgestaltung der Regionalentwicklung innerhalb (!!!) Brandenburgs ist das zwingend zu beachten.

Lässt sich mit diesem gegen Null tendierenden Nettoeffekt jedoch nicht auch jede besondere Förderung bzw. (besondere steuerliche) Entlastung Brandenburgs bzw. der Neuen Bundesländer insgesamt zurückweisen, weil dadurch die Alten Bundesländer langfristig geschwächt werden? Eine solche Diskussion befeuert ausgerechnet der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), wenn er in Aussicht stellt, „viele Ostdeutsche“ stünden „bald auf der Sonnenseite des Kapitalismus“ und die ostdeutschen Unternehmen

⁷² Lauschmann 1976, S. 241

⁷³ Ebd., S. 234f

⁷⁴ Ebd.

seien „Vorreiter“ und müssten nicht mehr aufholen.⁷⁵ Zum einen ist diese Aussage schlichtweg falsch, weil der Produktivitätsrückstand des Ostens gegenüber dem Westen ca. 20 Prozent beträgt. Die „Lohnlücke“ beträgt ebenfalls 20 Prozent.⁷⁶

Zum anderen – und das ist noch viel entscheidender – ignoriert Schneider die Eigentumsverhältnisse. Dominik Intelmann hat den Nachweis erbracht, dass die Gewinne im Osten zu Eigentümern fließen, „die außerhalb Ostdeutschlands ansässig sind“. Durch die Eigentumsverhältnisse gibt es zweifelsfrei einen „stetigen Kapitalabfluss nach Westdeutschland“. Das Resultat ist ein eigenartiger Kreislauf: Der Osten erhält Transfers aus dem Westen, um die Wirtschaft zu stärken. Sobald das geschieht, fließt das Kapital allerdings zu großen Teilen wieder zurück in den Westen.⁷⁷ Christoph Scheuplein kommt bei seiner Analyse der Investitionstätigkeiten im Osten zu dem gleichen Ergebnis: „Wenn Finanzinvestoren Unternehmen in Ostdeutschland übernehmen, dann fließen die dabei erzielten Gewinne überwiegend an regionsexterne Finanzzentren.“ Die ostdeutsche Ökonomie habe einen „Dependenzcharakter“, dadurch weniger Forschung und Entwicklung sowie „ein niedrigeres Niveau der privaten Vermögen“. Da es im Osten weniger Großunternehmen gibt als im Westen, ergebe sich als einziger Vorteil der kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur, dass Unternehmen seltener gefährdet sind, als „Handels Güter auf dem Markt“ zu „Spekulationsobjekten“ degradiert zu werden.⁷⁸

Die Optimallösung aus ostdeutscher Sicht wäre es, diesen Transferkreislauf aufzulösen, indem die Eigentümer der ostdeutschen Unternehmen auch wirklich aus Ostdeutschland kommen bzw. zumindest dort wohnen. Da dies auf absehbare Zeit unrealistisch erscheint, dürfte die Aufrechterhaltung des Transferkreislaufes das kleinere Übel sein. Ostdeutsche Politiker sollten daher den Kapitalabfluss aus dem Osten als strategischen Hebel für ihre Forderungen gegenüber dem Westen begreifen. Das unterstreicht auch Intelmann, der betont, der „Zuschussbedarf“ für die Neuen Bundesländer müsse „immer wieder aufs Neue politisch ausgehandelt werden“⁷⁹.

4.2 Demographie

Die Regierung⁸⁰ hat die Demographie als wichtigste Herausforderung des Strukturwandels identifiziert. Sie sieht zum einen Handlungsbedarf bei der Gewinnung neuer „Fachkräfte“ aus dem In- und Ausland, weil sie einen „Fachkräftemangel“ diagnostiziert hat, der die wirtschaftliche Entwicklung hemme. Zum anderen setzt sie Strukturwandel-Mittel gezielt ein, um mit Kindergärten eine familienfreundliche Umgebung für Arbeitnehmer zu schaffen und durch staatliche Investitionen in den Gesundheitssektor die Überalterung gewissermaßen zu begleiten.

⁷⁵ Vgl. Sächsische Zeitung vom 16.11.2023: Ostbeauftragter: „Viele Ostdeutsche befinden sich bald auf der Sonnenseite des Kapitalismus“. Online unter: <https://www.saechsische.de/deutschland/ostbeauftragter-carsten-schneider-viele-ostdeutsche-befinden-sich-bald-auf-der-sonnenseite-des-kapitalismus-5932221-plus.html> (2023-11-16)

⁷⁶ MDR vom 21.08.2023: Ost-West-Gehaltsunterschiede: „Lohnlücke auch in zehn bis 20 Jahren noch“. Online unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/ost-west-gehaltsunterschiede-lohnluecke-prognose-100.html> (2023-11-16)

⁷⁷ Vgl. Dominik Intelmann: Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur Politischen Ökonomie Ostdeutschlands. In: Sören Becker/Matthias Naumann (Hg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie. Berlin 2020. S. 99 bis 110

⁷⁸ Vgl. Christoph Scheuplein: Finanzialisierung in Ostdeutschland. In: ebd., S. 111 bis 122

⁷⁹ Intelmann 2020, S. 108

⁸⁰ Aufgrund der Einheitlichkeit der Bewertung muss hier nicht zwischen Bundes- und Landesregierung unterschieden werden.

Diese versorgungsorientierte Regionalpolitik hatten wir eben bereits auf Grundlage theoretischer Herleitungen dahingehend kritisiert, dass sie schlecht geeignet ist, private Investitionen auszulösen. Wir halten es für erforderlich, erst die Zusage für eine Unternehmensansiedlung zu erhalten, um dann zeitnah bzw. möglichst simultan mit dem Bau des Kindergartens zu beginnen. Des Weiteren fehlt es einer versorgungsorientierten Regionalpolitik an einer langfristigen Perspektive. Die Krankenschwestern, Pflegekräfte und Ärzte, die jetzt gesucht und eingestellt werden, können sich schließlich von Jahr zu Jahr um zwar älter werdende, aber trotzdem immer weniger Menschen kümmern. 2038 ist die „Baby-Boomer“-Generation zwischen 74 und 92 Jahren alt (Jahrgänge 1946-1964). Gerade unter Strukturwandel-Gesichtspunkten und der Notwendigkeit, Zukunftsbranchen für die nächsten Jahrzehnte ausfindig zu machen, darf daher bezweifelt werden, ob eine Konzentration auf den Gesundheitssektor nachhaltig ist. Vielmehr handelt es sich maximal um eine Übergangslösung.

4.2.1 Wie groß ist der angebliche „Fachkräftemangel“ wirklich? Berechnungen zum Erwerbspersonenpotential

Um nun zu einer Einschätzung der tatsächlichen demographischen Lage zu kommen und sinnvolle Handlungsoptionen zu finden, bedarf es einer Analyse des Erwerbspersonenpotentials: Brandenburgs Landesregierung beziffert den „Fachkräftemangel“ bis 2035 auf 170.000 kaum zu besetzende Stellen.⁸¹ Aktuell gibt es in Brandenburg 883.679 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.⁸² Die Industrie- und Handelskammern gehen auf Basis leicht abweichender Zahlen von einem Rückgang der Erwerbstätigen bis 2030 um 22 Prozent aus.⁸³ Die Unterschiede in den Berechnungen zwischen Landesregierung, IHKs etc. können jedoch in den folgenden Überschlagsrechnungen vernachlässigt werden.

Diesem angeblichen Mangel an Arbeitskräften, der in der Industrie (13.000 fehlende Arbeitskräfte⁸⁴) gegenwärtig und in Zukunft am größten sein soll, stehen in Brandenburg – Stand: Oktober 2023 – 77.515 Arbeitslose gegenüber. Rechnet man jene Menschen dazu, die nur geringfügig beschäftigt und deshalb ebenfalls auf Sozialleistungen angewiesen sind, kommt man auf 99.683 sogenannte „Unterbeschäftigte“ (7,4 %). Besonderer Handlungsbedarf für Brandenburg besteht bei diesen „Aufstockern“, da ihre „Werte zum Teil doppelt so hoch wie die des gesamten Bundesgebietes“⁸⁵ sind. Gemeldete Arbeitsstellen

⁸¹ Vgl. rbb vom 28.09.2022: Fachkräftemangel in Brandenburg weitet sich aus. Online unter: <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2022/09/fachkraeftemangel-brandenburg-wettbewerbsnachteil-niedrige-loehne.html> (2023-11-21)

⁸² Statistisches Bundesamt: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Bundesländern am 31. Dezember 2022. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/liste-erwerbstaetige-laender.html#124892> (2023-11-21)

⁸³ WifOR Institut / IHKs / Wirtschaftsförderung Brandenburg 2019: Fachkräftemonitor Brandenburg. Insb. Grafik und Text auf S. 4. Online unter: <https://www.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/4396736/a49379261d276fead19773194b3a0aef/broschüre-fachkraeftemonitor-brandenburg-data.pdf> (2023-11-21)

⁸⁴ Ebd., S. 13 und S. 15

⁸⁵ Zukunftswerkstatt Lausitz: Standortpotentiale Lausitz. Bad Muskau 2019. S. 11. Online unter: <https://www.goerlitz.de/uploads/03-Wirtschaft-Dokumente/studie-standortpotenziale-lausitz.pdf> (2023-11-21)

gibt es nur 24.794.⁸⁶ Es kann aktuell folglich weder von einem generellen Fachkräfte-Engpass noch von Vollbeschäftigung die Rede sein.

Zu beachten ist nun darüber hinaus das Arbeitsvolumen. Die statistisch gemessene Pro-Kopf-Arbeitszeit liegt in Brandenburg bei 28 Wochenstunden.⁸⁷ Zustande kommt diese Zahl aufgrund der 288.632 Teilzeitbeschäftigten⁸⁸. Die Teilzeitquote hat sich seit 1999 von 12,2 Prozent auf 31,4 Prozent fast verdreifacht.⁸⁹ Die Schwierigkeit liegt nun darin, näherungsweise zu ermitteln, wie viele Teilzeitkräfte mehr arbeiten möchten bzw. dazu motiviert werden könnten. Dazu liegen Daten aus dem benachbarten Sachsen vor: Die dortige Staatsregierung schlussfolgert aus einer Befragung, dass nur jeder Vierte auch wirklich in Teilzeit arbeiten will. Zugleich ergab eine andere Frage, dass 14 Prozent der Teilzeitkräfte keine Vollzeitstelle finden.⁹⁰ Für Sachsen lässt sich daher ein unausgeschöpftes Potential zwischen 35.000 und 183.500 Vollzeitäquivalenten (VZA) berechnen. Für Brandenburg schlagen wir folgendes Ziel zur Fachkräftesicherung vor: Es wird angestrebt, die Wochenarbeitszeit von Teilzeitkräften um zehn Stunden zu steigern. Vier Teilzeitkräfte, die zehn Stunden mehr arbeiten, ergeben somit eine zusätzliche Vollzeitstelle. Summa summarum ergibt dies 72.158 zusätzliche Vollzeitstellen. Zum Vergleich: Basierend auf einer Pro-Kopf-Arbeitszeit von 28 Stunden beträgt die Zahl der Vollzeitäquivalente in Brandenburg insgesamt 618.575 rechnerische Stellen.

Zur Fachkräftesicherung ist die Steigerung der Pro-Kopf-Arbeitszeit unabdingbar. Ein geeigneter Anreiz dafür dürfte es sein, Überstunden von der Steuer- und Abgabenlast zu befreien.

Eine weitere zu optimierende Größe betrifft die Pendler: Brandenburg hat einen negativen Pendlersaldo von 137.995 Personen⁹¹. Die Zahl der Auspendler liegt bei 313.142. Das Ziel der Politik müsste es sein, viele dieser Auspendler in Brandenburg zu halten und allein aus ökologischen Gründen für kürzere Arbeitswege zu sorgen.

Allein durch die Arbeitslosen bzw. Unterbeschäftigten, das Teilzeitkräftepotential und die Pendler ergibt sich ein zusätzliches Erwerbspersonenpotential von 309.836. Da Doppelerfassungen möglich sind, runden wir auf 300.000 ab. Im nächsten Schritt ist zu berücksichtigen, dass dieses Potential im gleichen Tempo⁹² wie die Zahl der Arbeitskräfte schrumpfen dürfte. 2030 bliebe somit ein verfügbares Potential von 234.000 Personen. Das sollte reichen, um einen angeblichen „Fachkräftemangel“ abzuwenden.

Ein solcher Mangel ließe sich zudem im Fall der Fälle eindämmen, indem der Bürokratieaufwand für Unternehmen und Bürger minimiert wird. Der Bürokratieaufwand ist zuletzt laut dem Nationalen Normenkontrollrat (NKR) auf 23,7 Milliarden Euro an

⁸⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Berichtsmonat Oktober 2023 für Brandenburg. Online unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender-SGBII/Brandenburg-SGBII.html> (2023-11-21)

⁸⁷ Vgl. Statistik Berlin Brandenburg vom 27.04.2023: Arbeitsvolumen in Berlin gestiegen, in Brandenburg gesunken. Online unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/083-2023> (2023-11-21)

⁸⁸ Statistisches Bundesamt 2022.

⁸⁹ Vgl. rbb vom 20.04.2023: Teilzeitarbeit: Am liebsten eine Vier-Tage-Woche. Online unter: <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2023/04/teilzeitjobs-arbeitsmarkt-berlin-brandenburg-maenner-frauen-beschaeftigung.html> (2023-11-21)

⁹⁰ Drs. 7/12825, S. 6. Online unter: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=12825&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined (2023-11-21)

⁹¹ Vgl. Pendleratlas für Brandenburg. Online unter: <https://www.pendleratlas.de/brandenburg/> (2023-11-21)

⁹² 22 % bis 2030.

vermeidbaren Kosten gestiegen. Die größten Belastungen in den letzten Jahren waren das Gebäude-Energie-Gesetz, der Mindestlohn und das Ganztagsförderungsgesetz.⁹³

Eine weitere Stellschraube zur Fachkräftesicherung ist ein früherer Eintritt in das Erwerbsleben. Möglich wäre dies, indem die duale Ausbildung gegenüber dem Studium attraktiver gemacht wird.

4.2.2 Arbeitskräfte oder Technik?

Neben der Berechnung des unausgeschöpften Erwerbspersonenpotentials ist noch eine zweite Betrachtungsweise nötig: Joachim Ragnitz, wohl einer der besten Kenner der ostdeutschen Wirtschaft, argumentiert, es sei ein „Modernisierungsschub durch Fachkräftemangel“ möglich:

„Wenn Arbeitskräfte fehlen, erhöht dies nämlich den Anreiz, für einen effizienteren Einsatz der noch vorhandenen Arbeitskräfte zu sorgen: Durch Vermittlung relevanter Qualifikationen, durch eine bessere technische Ausstattung der Arbeitsplätze und durch Entwicklung und Einsatz arbeitssparender Technologien. Und, nicht zu vergessen: Helfen kann auch ein Strukturwandel, der weniger produktive Unternehmen aus dem Markt drängt und damit Arbeitskräfte für rentablere Verwendungen freisetzt.“⁹⁴

Gunnar Heinsohn ergänzte diesen Gedankengang, indem er darauf aufmerksam machte, dass im IT-Zeitalter die Arbeitsproduktivität von Könnern 50 Prozent höher ist als von durchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften. Diese „Produktivitätsüberlegenheit“ steige bei „erhöhter Komplexität“ auf 125 Prozent und bei „sehr hoher Komplexität“, die nur Hochbegabte bewältigen können, auf 800 Prozent.⁹⁵

Vorbild für diesen Weg könnten die Skandinavier, aber auch die Schweiz sein. Dazu führt der Historiker Oliver Zimmer aus: „Weil Schweizer Löhne an der Spitze liegen, müssen auch die Produktivitätsraten hoch sein, was eine erspriessliche Herausforderung darstellt: Es besteht, wie auch in Skandinavien, ein ständiger Anreiz, in Ausbildung, in neue Technologien und in Bereiche mit hoher Wertschöpfung zu investieren. Dagegen führt ein grosser transnationaler Pool an günstigen Arbeitskräften mittelfristig meist zu einer Senkung der Kapitalinvestitionen pro Arbeitnehmer, was die Produktivitätsraten langfristig sinken lässt.“⁹⁶

Wie im Kapitel 4.6 über eine intelligente Spezialisierung noch zu vertiefen sein wird, zählt die „Zukunftswerkstatt Lausitz“ (bzw. Wirtschaftsregion Lausitz GmbH) z.B. die Industrieautomatisierung zu einem Zukunftsfeld der Lausitz, da hier auf „bereits vorhandene industrielle Infrastruktur“ zurückgegriffen werden könne.⁹⁷ Von den zehn wichtigsten Herstellern von Industrierobotern kommen allerdings sechs aus Japan und zwei aus der Schweiz. Das einzige deutsche Unternehmen mit Tuchfühlung zur Weltspitze, Kuka, befindet

⁹³ Vgl. Nationaler Normenkontrollrat: Jahresbericht 2023. Abbildung auf S. 11. Online unter: https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Jahresberichte/2023-jahresbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (2023-11-21)

⁹⁴ ifo Dresden berichtet 1/2023: Modernisierungsschub durch Fachkräftemangel. Von Joachim Ragnitz. S. 26. Online unter: https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_23-01_26-27_Ragnitz.pdf (2023-11-21)

⁹⁵ Gunnar Heinsohn: Wettkampf um die Klugen: Kompetenz, Bildung und die Wohlfahrt der Nationen. Zürich 2019. S. 89

⁹⁶ Oliver Zimmer. Wer hat Angst vor Tell? Unzeitgemässes zur Demokratie. Basel 2021. S. 50

⁹⁷ Vgl. Zukunftswerkstatt 2019. S. 35

sich seit 2016 im Mehrheitsbesitz eines chinesischen Konzerns.⁹⁸ Das zeigt: Andere Staaten mit demographischen Problemen setzen ganz bewusst auf Technik statt Arbeitskräfte. Das Wachstumspotential in diesem Segment ist enorm: 73 Prozent aller neuen Roboter werden bisher in Asien in Betrieb genommen. Der Marktanteil Europas liegt bei 15 Prozent. „Innerhalb Europas liegt Deutschland weiter in Führung, auch wenn die Zahl der neu installierten Anlagen im vergangenen Jahr leicht geschrumpft ist, während Italien und Frankreich überproportional mehr Roboter installiert haben“, erklärt die FAZ. Weltweit dürfte der Industrierobotermarkt 2023 entgegen der allgemeinen Rezession laut Branchenangaben „um 7 Prozent auf mehr als 590.000 Einheiten“ wachsen.⁹⁹

Um zu sehen, wie der Robotereinsatz in Brandenburg erprobt wird, um – gemäß der eigenen Selbstdarstellung – den ländlichen Raum zu stärken, lohnt sich nun der Blick auf ein konkretes, mit Fördermitteln unterstütztes Projekt in Strausberg (Landkreis Märkisch-Oderland): Die Wirtschaftsfördergesellschaft des Landkreises, die sich die Betreuung regionaler Unternehmen auf die Fahnen schreibt, versucht mit „myLOG“ einen Lieferroboter in der Stadt zu etablieren. Einzelhändler sollen über dieses autonome Fahrzeug Waren zu ihren Kunden transportieren können. Um das zu ermöglichen, muss die Stadt mit entsprechenden Sensoren an Kreuzungen ausgestattet werden. Interesse daran hätten ein Supermarkt und ein Whisky-Shop gezeigt, berichtet der rbb¹⁰⁰. Ob sich dieses in der Testphase befindliche Projekt betriebswirtschaftlich durchsetzt, soll an dieser Stelle nicht prognostiziert werden. Vielmehr sind für uns die Strukturen der beteiligten Unternehmen, Forschungseinrichtungen und staatlichen Akteure von Interesse: Auftraggeber ist mit der Wirtschaftsfördergesellschaft eine staatsnahe Institution. Für Forschung und Entwicklung gibt es Kooperationen mit dem Berliner Heinrich-Hertz-Institut des staatsnahen Fraunhofer-Instituts, der TU Ilmenau (Thüringen) sowie der Handelshochschule Leipzig. Den Bau des Roboters übernahm ein Unternehmen aus Berlin. Mit der Umsetzung der nötigen Telekommunikationsinfrastruktur wurde ebenfalls ein Unternehmen aus Berlin beauftragt. Darüber hinaus ist ein interdisziplinäres Berliner Beratungsunternehmen involviert. Einziger Kooperationspartner direkt aus Brandenburg ist ein 2017 gegründetes Startup aus Frankfurt/Oder mit sieben Mitarbeitern.¹⁰¹ Auffällig ist, wie marginal ausgeprägt hier die Regionalität der Wertschöpfung ist. Vielmehr handelt es sich um ein staatsnahes Projekt, das unter dem Deckmantel der Förderung des ländlichen Raums Aufträge für großstädtische Unternehmen und Forschungseinrichtungen generiert.

4.3 Wissen und Innovation

Nicht nur die Lausitz muss einen Strukturwandel bewältigen. Die Wirtschaft unterliegt generell einem ständigen Strukturwandel. Es gibt sogar die weitverbreitete Meinung, dass

⁹⁸ Vgl. AutomationNext vom 26.07.2023: Die 10 wichtigsten Hersteller von Industrierobotern. Online unter: <https://www.automation-next.com/kollegroboter/markt/die-10-wichtigsten-hersteller-von-industrierobotern-321.html> (2023-11-23)

⁹⁹ FAZ vom 30.09.2023: China installiert mehr Roboter als der Rest der Welt zusammen. Online unter: <https://www.faz.net/pro/d-economy/transformation/wie-china-mehr-roboter-als-der-rest-der-welt-zusammen-installiert-19201920.html> (2023-11-27)

¹⁰⁰ Vgl. rbb vom 13.10.2023: Roboter sollen Kunden in Strausberg aus dem Einzelhandel beliefern. Online unter: <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/2023/10/roboter-strausberg-einkauf-lieferung-test-onlinehandel-einzelhandel.html> (2023-11-23)

¹⁰¹ Vgl. <https://www.mylog-mol.de/> (2023-11-23)

der technologische Wandel durch disruptive Innovationen immer schneller vorstättengehe.¹⁰² Als Musterbeispiel für die daraus erwachsenden Gefahren wird gern Nokia angeführt, das die Smartphone-Revolution verpasste.

Steffen Müller, Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Professor für Produktivität und Innovationen an der Universität Magdeburg, bewertet den „Strukturwandel“ indes als einen „Hoffnungsschimmer“. Seine Begründung: „Wenn die Wirtschaft im Umbruch ist, ist es als aufholende Regionen leichter, in neuen Produktlinien vorne mitzuspielen. Schwerer ist es, in etablierten Märkten den Spitzenreiter einzuholen.“ Als Beispiele nennt er „Robotik und Digitalisierung“¹⁰³.

Aus Unternehmenssicht lässt sich daraus für die Standortsuche folgende Maxime ableiten: Finde einen Standort, wo die regionalen Kostenfaktoren – Stundenlöhne, Grundstückskosten, Steuern – niedrig sind, aber die Qualifikationsstruktur der potentiellen Beschäftigten trotzdem besser ist als in anderen abgehängten, strukturschwachen Regionen. Bildet man auf dieser Basis einen Gesamtindikator für die Standortqualität landen die Landkreise des Berliner Umlandes sehr weit vorn. Der Süden Brandenburgs schneidet hingegen bei einer entsprechenden Analyse schlecht ab.¹⁰⁴ Wichtig ist aber zunächst die Erkenntnis, dass auch strukturschwache Regionen Stärken haben können. Diese Stärken kommen zur Geltung, wenn Wissensvorsprünge und günstige, regionale Kostenfaktoren eine ungewöhnliche Anziehungskraft entfalten.

Auch wenn die These wie ein Allgemeinplatz klingt, sollten sich daher strukturschwache Regionen auf Bildung konzentrieren. Gemeint ist damit allerdings nicht zwangsläufig eine Steigerung der Bildungsausgaben, sondern eine Steigerung der Anforderungen. Denn Deutschland investiert 50 Prozent mehr in die Bildung pro Kind im Vergleich zu Ungarn, bringt aber lediglich halb so viele Mathe-Asse hervor.¹⁰⁵ Die Erklärung dafür dürfte sein, dass Ungarn zwar vermutlich weniger digitale Klassenzimmer hat, jedoch der Schwierigkeitsgrad des Mathematik-Unterrichts höher ist.

Aktuelle Studien¹⁰⁶ legen nahe, dass die Bildungsqualität in Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern mangelhaft ist. Beim INSM-Bildungsmonitor kommt Brandenburg im Gesamtranking auf Platz 14 – dahinter befinden sich nur noch Berlin und Bremen. Das Nachbarbundesland Sachsen steht indes auf Platz 1. Noch eklatanter ist die Situation im MINT-Bereich: Hier rangiert Brandenburg auf dem letzten Platz, während mit Thüringen ebenfalls ein Ost-Bundesland die Liste anführt. Frappierend ist auch der Stand der Digitalisierung: Obwohl sehr viele Schulen Brandenburgs mit WLAN ausgestattet sind (Platz 5 bundesweit), befindet sich das Bundesland bei IT-Berufsausbildung und IT-Hochschulabsolventen auf dem letzten Platz.¹⁰⁷ Bei den Pro-Kopf-Ausgaben landet Brandenburg auf Platz 6. Es wäre somit ein naheliegendes Strukturwandel-Ziel für Brandenburg, mit der Bildungsqualität Sachsens, Thüringens und Polens zumindest

¹⁰² Vgl. Think:Act Magazine von Roland Berger vom 16.11.2020: Technologie und Wirtschaft wandeln sich so schnell wie nie zuvor. Online unter: <https://www.rolandberger.com/de/Insights/Publications/Technologie-wandelt-sich-schneller-als-Gesellschaft.html> (2023-11-23)

¹⁰³ MDR-Experteninterview vom 21.08.2023: Ost-West-Gehaltsunterschiede: „Lohnlücke auch in zehn bis 20 Jahren noch“. Online unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/ost-west-gehaltsunterschiede-lohnluecke-prognose-100.html> (2023-11-23)

¹⁰⁴ Vgl. ifo Dresden berichtet 4/2022: Stärken und Schwächen der strukturschwachen Regionen in Deutschland. S. 12. Online unter: <https://www.ifo.de/DocDL/ifo-dresden-berichtet-04-2022.pdf> (2023-11-23)

¹⁰⁵ Vgl. Heinsohn 2019. S. 93

¹⁰⁶ Da der Bundesländer-Vergleich der aktuellen PISA-Studie noch nicht vorliegt, wird auf diese Studie kein Bezug genommen, sondern auf ältere.

¹⁰⁷ <https://www.insm-bildungsmonitor.de/> (2023-11-23)

gleichzuziehen. Polen hat im Pisa-Test Deutschland in den zurückliegenden Jahren in den Disziplinen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften überholt.¹⁰⁸

Zur Ausgangslage ist des Weiteren zur Kenntnis zu nehmen, dass Brandenburg bei den wissensintensiven Industrien schlechte Werte erreicht. Im Kreis Spree-Neiße sind nur 2,36 Prozent aller Beschäftigten in einer wissensintensiven Branche angestellt. Zum Vergleich: Der Landkreis Zwickau (Sachsen) kommt auf 18,44 und Sömmerda (Thüringen) auf 16,09 Prozent. Der Kreis Oberspreewald-Lausitz liegt bei 8,01 Prozent. Lässt man die absoluten Ausreißer unberücksichtigt, kommen die besten Landkreise Deutschlands auf Werte zwischen 25 und 32 Prozent.¹⁰⁹

Zu bedenken bei der Frage, welche wissensintensiven Industrien in Brandenburg bzw. der Lausitz Erfolgsaussichten haben könnten, ist auch die Finanzkraft der Konkurrenz: Der Meta-Konzern konnte es sich bei einem Gesamtumsatz von 116,61 Milliarden Dollar im Jahr 2022 leisten, dass der Bereich „Reality Labs“ (Metaverse) 13,7 Mrd. Dollar Verlust beisteuerte.¹¹⁰ Zugespitzt gilt daher: Die „glorreichen sieben“ Tech-Konzerne der Welt können es verkraften, wenn jedes Jahr ein interner Strukturwandel in der Größenordnung von zehn Milliarden Euro scheitert. Dass ein Unternehmen aus Brandenburg daher bei den ganz großen Trends wie der Künstlichen Intelligenz mitmischen kann, ist vor diesem Hintergrund sehr unwahrscheinlich und unrealistisch. Statt sich auf die ganz großen Trends zu stürzen, ist es ratsam, Nischen zu identifizieren.

In den Kapiteln 3.1 und 3.2 haben wir gesehen, dass Brandenburg zu einem „Grünstromland“ entwickelt werden soll. Ist die „Klimaneutralität“ also diese sinnvolle Nische? Bei einer erfolgreichen Transformation bliebe die Lausitz als Energieregion erhalten. Was spricht gegen diese Strategie? Wir wollen dazu kurz die Sicht von Vaclav Smil, tschechisch-kanadischer Professor für Umweltwissenschaften an der University of Manitoba, schildern. In *Wie die Welt wirklich funktioniert*¹¹¹ konstatiert Smil: „Eine vollständige Entkarbonisierung der Weltwirtschaft bis 2050 ist aus heutiger Sicht nur vorstellbar um den Preis einer globalen wirtschaftlichen Schrumpfung in einer unvorstellbaren Größenordnung oder als Resultat außerordentlich rapider Transformationen auf der Basis fast märchenhafter technischer Fortschritte.“¹¹²

Die Grundannahme derjenigen, die das für möglich halten, ist, dass der immense Fortschritt in der Informations- und Kommunikationstechnik (Computer, Smartphone, Künstliche Intelligenz) sich auch in allen anderen Branchen realisieren ließe. Das könne man aber nahezu ausschließen. Smil erläutert das am Beispiel von Lithium-Ionen-Batterien. Um mit Kerosin konkurrieren zu können, müsste sich ihre Energiedichte um den Faktor 40 von 300 Wattstunden/kg auf 12.000 Wattstunden/kg steigern lassen. Die zurückliegenden Jahrzehnte sprechen nicht dafür, dass dieses Vorhaben gelingen kann. Denn: „Im Verlauf der letzten 30 Jahre hat sich die maximale Energiedichte von Batterien rund verdreifacht, und selbst wenn sie sich noch einmal verdreifachen ließe, läge sie 2050 immer noch deutlich unter 3000 Wattstunden/kg – viel zu wenig, um ein großes Verkehrsflugzeug von New York nach Tokio

¹⁰⁸ OECD: PISA 2018: Länderergebnisse visualisiert. Online unter: <https://www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/> (2023-11-23)

¹⁰⁹ Thünen-Landatlas, Ausgabe 23/11/2023. Hrsg.: Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume, Braunschweig (www.landatlas.de) / Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

¹¹⁰ Vgl. Futurezone vom 02.02.2023: Facebook-Mutter versenkt mit Metaverse 13,8 Milliarden Dollar. Online unter: <https://futurezone.at/b2b/facebook-mutter-meta-metaverse-138-milliarden-dollar-verlust-umsatz-2022-aktie-gewinn/402314144> (2023-11-23)

¹¹¹ Vaclav Smil: *Wie die Welt wirklich funktioniert*. Die fossilen Grundlagen unserer Zivilisation und die Zukunft der Menschheit. E-Book. München 2023

¹¹² Ebd., Position 216

oder von Paris nach Singapur zu bringen, eine Leistung, die mit Kerosin betankte Boeings und Airbusse seit Jahrzehnten Tag für Tag abliefern.“¹¹³

In einem weiteren Buch, das sich mit *Innovationen und Erfindungen*¹¹⁴ beschäftigt, schlussfolgert Smil daher, dass der herausragende Fortschritt in der IT in den letzten 150 Jahren von einem „Fortschrittmangel in vielen entscheidenden Bereichen begleitet wurde“. ¹¹⁵ Der „weitverbreitete Glaube an ein immer schnelleres Innovationstempo“ verkenne daher die „vielen unübersehbaren Anzeichen für technischen Stillstand und der Verlangsamung des Fortschritts“¹¹⁶. Gerade bei den vier stofflichen Säulen der modernen Welt – Zement, Stahl, Kunststoffe und Ammoniak – sei gänzlich unklar, wie es gelingen soll, sie „ausschließlich mit Strom aus erneuerbarer Quelle“ zu produzieren. Gleiches gelte für die „Luftfahrt, die Frachtschiffahrt, und den Lastenverkehr“.¹¹⁷

Was ist somit zu tun? Statt ein „Grünstromland“ auszurufen, sind – Smil zufolge – Innovationen erfolgsversprechender, die unerwünschte Folgeerscheinungen abmildern. Statt einen überstürzten Kohleausstieg zu vollziehen, müsste die Frage lauten, wie die Kohleindustrie umweltschonender gestaltet werden kann. Darüber hinaus setzt Smil auf die „Repatriierung von Fertigungskapazitäten“¹¹⁸, für die sich ebenso die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung ausspricht. Kürzere Wertschöpfungsketten könnten mehr zum Umweltschutz beitragen als das utopische Ziel der „Klimaneutralität“. Es sei absurd, dass Zahnstocher, die in Kanada verkauft werden, aus China kämen, obwohl Kanada viel größere Wälder habe als China. Diese Form der Globalisierung zurückzudrehen, ist nicht nur unter ökologischen Gesichtspunkten plausibel. Umso geringer der manuelle Arbeitseinsatz wird, weil Technik, z.B. Roboter, an seine Stelle treten, umso mehr lohnt sich eine Deglobalisierung, um die Anzahl der Produktionsstätten zu minimieren und Transportkosten zu sparen. Dieses Phänomen wird in der Fachwelt gern auch als „Reshoring“ bezeichnet, also die Zurückverlagerung von Produktionsstätten im Zuge der Automatisierung.

Eine weitere wichtige Erkenntnis von Smil ist der Unterschied zwischen Erfindungen und Innovationen. Wie insbesondere die Geschichte der Luftfahrt zeigt, gibt es viele Erfindungen, die sich am Markt aus Kostengründen und materiellen Grenzen nicht durchsetzen. Smil nennt als Beispiele Luftschiffe und Überschallflüge.¹¹⁹ Bei der „Klimaneutralität“ droht ein ähnliches Szenario: Ja, es ist möglich, Strom aus Wind und Sonne zu erzeugen. Aber zu welchen Kosten und bei welchen negativen Begleiterscheinungen (z.B. Flächenverbrauch)? Smil rät in diesem konkreten Fall dazu, nur 20 bis 40 Prozent des Strombedarfs mit Windindustrieanlagen und Solarkraft zu decken und ansonsten konventionelle Kraftwerke einzusetzen.

Zusammengenommen bedeutet das:

Erstens: Strukturschwache Regionen sollten sich nicht auf Branchen konzentrieren mit einem rasanten technischen Fortschritt. Hier ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die amerikanischen Tech-Konzerne aufgrund ihrer überlegenen Finanzkraft den Takt vorgeben. Eine kluge Nische könnte es aber sein, auf Branchen mit einem langsamen Fortschritt bzw.

¹¹³ Ebd., Pos. 972

¹¹⁴ Vaclav Smil: *Innovationen und Erfindungen*. Eine kurze Geschichte des Hypes und des Scheiterns. München 2023.

¹¹⁵ Ebd., S. 23

¹¹⁶ Ebd., S. 30

¹¹⁷ Smil 2023: *Wie die Welt wirklich funktioniert*. Pos. 4501

¹¹⁸ Ebd., Pos. 3004

¹¹⁹ Smil 2023: *Innovationen und Erfindungen*. S. 101 bis 169

Fortschrittmangel zu setzen. Ein Vorteil dabei ist auch die längere „Haltbarkeit“ des benötigten Wissens.

Zweitens: Statt utopische Ziele wie die Klimaneutralität mit einseitiger staatlicher Förderung erreichen zu wollen (angeblich „vorausschauende Strukturpolitik“, Kapitel 1), braucht es eine kontinuierliche Strukturpolitik, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zusammenbringt. Konkret für die Lausitz heißt das, Energiefragen technologieoffen zu bearbeiten. China, Japan und die USA machen vor, dass sich die Umweltbelastung von Kohlekraftwerken minimieren lässt.¹²⁰ Mit Smil darf sogar vermutet werden, dass diese Strategie der Minimierung unerwünschter Folgeerscheinungen ökologischer ist, als ein Maximalziel durch einen technologischen Neustart mit ungewissen Ausgang erreichen zu wollen.

Drittens: Die Automatisierung kann zur Deglobalisierung bzw. Repatriierung von Unternehmen genutzt werden, sofern die regionalen Kostenfaktoren minimiert werden und das Wissen der vorhandenen Fachkräfte durch eine Steigerung der Bildungsanforderungen maximiert wird. Brandenburg muss zudem ein weiteres Problem lösen: Sowohl bei den Studienanfängern als auch bei den Hochschulabsolventen sind für Brandenburg im bundesweiten Vergleich die höchsten Wanderungsverluste festzustellen.¹²¹

4.4 Deglobalisierung und Internationalisierung

4.4.1 Deglobalisierung – ein Wort, viele Bedeutungen

Erstaunlicherweise wird die Deglobalisierung nicht nur von Befürwortern des Nationalstaats begrüßt. Carl Naughton und Corinna Pommerening argumentieren, dass die „Trends Neo-Ökologie, Individualisierung, Mobilität und Silver Society“ Deutschland in „Richtung regionaler, digitaler Ökosysteme“¹²² treiben. Die Wortwahl mag gewöhnungsbedürftig sein. Der Befund lautet übersetzt jedoch, dass sowohl die Überalterung als auch das steigende Umwelt- bzw. Klimabewusstsein in Folge medialer Dauerpräsenz zu einer „verstärkten Nachfrage nach heimischen Produkten“¹²³ führe. „Die Reflexion über die Herkunft unserer Produkte und Dienstleistungen erhöht unsere Wertschätzung gegenüber der lokalen Produktion und etabliert neue Konsummuster“¹²⁴, behaupten Naughton und Pommerening. „Regionalität“ zeige sich damit als „Nachhaltigkeitsprinzip“ und der „Deglobalisierungseffekt“ verändere „klassische Handelsstrukturen“ im „Hinblick auf Nachhaltigkeit und Resilienz“.¹²⁵

Falsch an dieser Argumentation ist, dass der Anteil von Bio-Produkten am Gesamtumsatz im Lebensmitteleinzelhandel maßlos überschätzt wird. Er liegt weiter im einstelligen

¹²⁰ Heinz Horeis: Chinas Energiehunger (1) und (2). In: Achse des Guten vom 24.08.2019 und 25.08.2019. Online unter: https://www.achgut.com/artikel/chinas_energiezukunft_1_der_kohle_koloss (2023-11-27), https://www.achgut.com/artikel/chinas_energiezukunft_teil_2_ihr_wollt_nicht_wir_schon (2023-11-27)

¹²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt vom 28. Januar 2019: Berlin und Hamburg bei Studienanfängerinnen und Studienanfängern 2017 besonders beliebt. Online unter:

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/01/PD19_031_213.html (2023-12-18),

Handelsblatt vom 27.03.2019: Hochschulabsolventen flüchten weiter aus dem Osten. Online unter:

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/studie-hochschulabsolventen-fluechten-weiter-aus-dem-osten/24147846.html> (2023-12-18), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Sachsen in Karten –

Ausgabe 2020. S. 14. Online unter: https://www.statistik.sachsen.de/download/sonderhefte/statistik-sachsen_sonderhefte_sachsen-in-karten.pdf (2023-12-18)

¹²² Carl Naughton/Corinna Pommerening: Digitale Regionalökonomie. Offenbach 2023. S. 25

¹²³ Ebd., S. 15

¹²⁴ Ebd., S. 12

¹²⁵ Ebd., S. 11f

Prozentbereich.¹²⁶ Bedingt durch die Inflation sind die Umsätze mit Bio-Lebensmitteln sogar rückläufig.¹²⁷ Hohe Werte werden lediglich bei Meinungsumfragen erzielt. So sagen 64 Prozent der Deutschen, sie würden auf die Regionalität von Lebensmitteln achten.¹²⁸ Die extreme Diskrepanz zwischen Umfragen und Umsätzen dürfte mit sozialer Erwünschtheit zusammenhängen. Zu diesem Ergebnis kommt auch Sebastian Schmidt in seiner Dissertation über „Heimat und Ökonomie“¹²⁹. Sowohl regionale als auch „Bio“-Nahrungsmittelerzeugung fristen weiterhin ein Nischendasein und werden hauptsächlich von Gutverdienern nachgefragt, die sich diesen Luxus leisten können. Die Wirtschaft Brandenburgs bzw. der Lausitz allein darauf auszurichten, wäre fatal. Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich beim Thema Deglobalisierung Anknüpfungspunkte zu allen politischen Lagern finden lassen, die sich ggf. im parlamentarischen Alltag nutzen lassen.

Die Deglobalisierung ist jedoch weitaus facettenreicher als der Einkauf aus Heimatverbundenheit oder Umweltbewusstsein. So verstärken die protektionistischen Tendenzen in den USA rund um den „Inflation Reduction Act“ genauso die Deglobalisierung wie kulturelle und politische Entwicklungen in Deutschlands östlichen Nachbarstaaten. Mit Blick auf Polen und Tschechien sind an kulturellen Deglobalisierungstendenzen besonders hervorzuheben:

- Sowohl die Polen als auch die Tschechen lernen immer seltener Deutsch als Fremdsprache. Deutsch habe in beiden Staaten „in den vergangenen Jahren enorm an Popularität eingebüßt“, konstatiert die Zukunftswerkstatt Lausitz mit Blick auf empirische Daten. Die Zahlen für Polen sind dabei noch eindeutiger als die für Tschechien.¹³⁰
- Damit korrespondierend orientieren sich die jungen Polen als auch die Tschechen in die Wachstumskerne (z.B. Breslau, Prag) ihrer eigenen Staaten, während die Zahl der Einpendler aus Polen und Tschechien in die Lausitz „relativ gering“¹³¹ ist. „Diejenigen Arbeitnehmer, die sich nach Deutschland orientieren, suchen dagegen häufig gleich Arbeit in westdeutschen Regionen, in denen sie noch deutlich bessere Verdienstmöglichkeiten als in der Lausitz haben.“¹³²
- Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, dass die Entwicklung des grenzüberschreitenden Straßenverkehrsaufkommens die Deglobalisierungsthese zu widerlegen scheint. Hier kann von deutlichen, bereits vorhandenen und prognostizierten Zunahmen bis 2025 ausgegangen werden.¹³³ Zu beachten ist allerdings: Deglobalisierung darf nicht mit Autarkie verwechselt werden. Das heißt: Selbst wenn sehr viele Unternehmen ihre Produktionsstätten nach Deutschland

¹²⁶ Vgl. Statista: Anteil von Bio-Lebensmitteln am Lebensmittelumsatz in Deutschland in den Jahren 2011 bis 2021. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/360581/umfrage/marktanteil-von-biolebensmitteln-in-deutschland/> (2023-11-29)

¹²⁷ Vgl. Tagesschau: Deutsche kaufen weniger Bio-Lebensmittel. Online unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/bio-lebensmittel-verbraucher-teuerung-101.html> (2023-11-29)

¹²⁸ Vgl. BMEL: Regionale Lebensmittel - transparent gekennzeichnet eine gute Wahl. Online unter: <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/lebensmittel-kennzeichnung/freiwillige-angaben-und-label/kennzeichnung-regionale-lebensmittel.html#:~:text=64%20Prozent%20der%20Verbraucherinnen%20und,f%C3%BCr%20den%20BMEL%20DErn%C3%A4hrungsreport%202022> (2023-11-29)

¹²⁹ Vgl. Sebastian Schmidt: Heimat und Ökonomie. Historische Verortungen und Interdependenzen eines nachhaltigen Heimat-Konzeptes und zukunftsfähiger wirtschaftlicher Aktivität. Berlin 2021.

¹³⁰ Vgl. Zukunftswerkstatt Lausitz 2019. S. 196

¹³¹ Ebd., S. 180

¹³² Ebd., S. 183

¹³³ Ebd., S. 186

zurückverlagern, nimmt der Verkehr nicht ab, weil dann von Deutschland aus mehrere Absatzmärkte versorgt werden müssen. Eine klug gestaltete Deglobalisierung läuft daher sogar auf eine Steigerung des Exports hinaus. Denn: Unternehmen stehen vor der Wahl zwischen Produktion im Inland mit Export und Produktion im Ausland mit Deutschland als einem von vielen Absatzmärkten.¹³⁴

4.4.2 Steuererleichterungen und Sonderwirtschaftsregionen als Ausdruck des internationalen Standortwettbewerbs

Zur Standortstärkung haben Polen und Tschechien Regionalentwicklungsministerien eingerichtet. Diese Ministerien setzen vor allem auf die Schaffung von Steuervorteilen für neue Investoren. Tschechien gewährt „eine Befreiung von Körperschaftssteuern für zehn Jahre“, wobei eine „regionalpolitische Komponente“ dafür Sorge tragen soll, dass sich die neuen Unternehmen in strukturschwachen Gegenden ansiedeln und nicht ausschließlich im Großraum Prag.

Polen hat währenddessen seit den 1990ern eine stark ausgebaute Regionalentwicklung mit Sonderwirtschaftszonen (SWZ/SWR), die mindestens bis zum 31.12.2026 garantiert sind. „Landesweit können mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren Steuererleichterungen gewährt werden.“¹³⁵ Möglich sind deutliche Absenkungen der Körperschafts- und der Einkommensteuer, ein „Erlass der Grundsteuer“, die vergünstigte „Bereitstellung von Grundstücken“ sowie direkte Subventionen.¹³⁶ Ein Vorteil für Brandenburg ist, dass „die höchsten Förderraten inzwischen nur noch für Ostpolen angeboten werden“¹³⁷. Ähnlich wie Tschechien arbeitet also auch Polen mit einer bewussten regionalen Steuerung innerhalb des eigenen Landes.

In den polnischen Sonderwirtschaftsregionen (SWZ/SWR) angesiedelt haben sich in den letzten Jahren sowohl weltweit operierende, deutsche Konzerne wie Volkswagen, Mercedes und BASF, aber auch etliche deutsche Unternehmen aus dem Mittelstand. Statt ausschließlich von möglichen Kooperationen mit dem Nachbarland Polen zu sprechen, ist daher auch zur Kenntnis zu nehmen, dass es seit Jahrzehnten einen besonders ausgeprägten Standortwettbewerb gibt, den Polen mit seiner regionalen Steuerpolitik eindeutig gewonnen hat.

Dabei wären auch in Brandenburg kreis- oder gemeindescharfe Sonderwirtschaftsregionen möglich. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Studie von 2020, die von der FDP-Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben wurde.¹³⁸ Bemerkenswert: Die Prüfung erfolgte „vorrangig für die Lausitz“¹³⁹, weil das Strukturstärkungsgesetz als unzureichend erachtet wird. Denn: Die beschlossenen 40 Milliarden Euro an Strukturhilfen für alle Kohlereviere bis 2038 sind als „Obergrenze“

¹³⁴ Diese Gegenüberstellung ist angelehnt an: Klaus Backhaus/Joachim Büschken/Markus Voeth: Internationales Marketing. 5. Auflage. Stuttgart 2003. S. 176 Abb. B-25

¹³⁵ Ebd., S. 176

¹³⁶ Ebd., S. 181

¹³⁷ Ebd., S. 182

¹³⁸ IW: Sonderwirtschaftsregionen zur Flankierung des Strukturwandels in Kohlerevieren – Vorfahrt für Bildung und Investitionen. Köln 2020. Online unter:

https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2020/Kurzugutachten_Sonderwirtschaftsregionen_FDP.pdf (2023-11-30)

¹³⁹ Ebd., S. 4

definiert. „Zudem ist unklar, inwieweit es sich um zusätzliche Mittel handelt, und welcher Anteil auf eine Umwidmung bestehender Förder- und Investitionsmittel entfallen soll.“¹⁴⁰

Da sich ebenfalls herausgestellt habe, dass die Strukturhilfen per Gießkanne für Bildung, Infrastruktur, Forschung und Entwicklung sowie kommunale Einrichtungen (z.B. Theater, Freizeitbäder, ...) eingesetzt werden, mahnt das IW einerseits an, die Forschung nicht ausschließlich auf „erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit“ zu verengen, und andererseits eine „stärkere Förderung unternehmerischer Investitionen im Rahmen einer SWR Braunkohlereviere“¹⁴¹ vorzunehmen.

Für Brandenburg schlägt das IW ferner vor, die BTU Cottbus-Senftenberg zu einer „Lausitz-Universität“ auszubauen. Der Schwerpunkt sollten „digitale Gesundheitsanwendungen“ sein. Vorgeschlagen wird zudem die „Einbeziehung eines polnischen Standortes“¹⁴². Entstehen würde dann eine brandenburgisch-sächsisch-polnisch-tschechische Universität mit Standorten in Cottbus, Senftenberg, Görlitz, Zittau, Liberec (Reichenberg) und womöglich Kooperationen mit Breslau und Posen. Wie das IW selbst andeutet, bedeutete das einen gigantischen Verwaltungsaufwand. Wie in Kapitel 4.4.1 geschildert, widerspricht es darüber hinaus den Präferenzen der jungen Polen und Tschechen. Wir halten diesen Vorschlag daher für wenig zielführend. Erkennbar dient er nur dazu, um einfacher an EU-Fördergelder kommen zu können.

Unterstützung verdient hingegen die Idee, im Rahmen einer SWR das 5G-Forschungsfeld Lausitz länderübergreifend (Sachsen + Brandenburg) auf die gesamte Lausitz auszudehnen.¹⁴³ Das Projekt, das von 2019 bis 2022 angesetzt war, blieb auf Hoyerswerda und Welzow begrenzt. Ähnlich wie bei anderen bereits beschriebenen und kritisierten Projekten handelte es sich um eine versteckte Förderung der TU Dresden. Welche praktischen Ergebnisse in den Teilbereichen „5G Bauen“ (digitale Baustelle), „5G Fliegen“ (Drohneinsatz) und „5G Fahren“ (aus der Selbstbeschreibung: „teil- und vollautomatisierte Fahrstrategien für eine Vielzahl an Verkehrssituationen im ländlichen und urbanen Bereich“) erzielt wurden, lässt sich auf der Website des Forschungsfeldes leider nicht in Erfahrung bringen.¹⁴⁴

Abschließend fordert das IW, alle Maßnahmen in einer SWR an das „Vorliegen eines klaren Nettonutzens“ zu koppeln. In einem „regionalen Testfeld“ könnte man vor allem prüfen, welche „Deregulierungsmaßnahmen“ bzw. Entbürokratisierungen als Vorbild dienen können, um sie später bundesweit umzusetzen.¹⁴⁵ Anträge auf der landespolitischen Ebene sollten daher auf entsprechende Pilotprojekte abzielen.

4.4.3 Betriebswirtschaftliche Bewertung der Standortattraktivität, oder: Internationalisierung über Deglobalisierung?

Um Unternehmen für eine Ansiedlung in der Lausitz bzw. in Brandenburg begeistern zu können, muss sich die Politik in die andere Seite hineinversetzen. Deshalb soll in diesem Unterkapitel kurz geschildert werden, wovon die betriebswirtschaftliche Auswahl von Ländermärkten idealtypisch abhängt. Als die wichtigsten Faktoren werden in der Fachliteratur die Bewertung der Marktattraktivität und der Marktbarrieren genannt.

¹⁴⁰ Ebd., S. 11

¹⁴¹ Ebd., S. 20

¹⁴² Ebd., S. 23

¹⁴³ Ebd., S. 26

¹⁴⁴ <https://forschungsfeld-lausitz.de/> (2023-11-30)

¹⁴⁵ Vgl. IW 2020. S. 35

Die Marktattraktivität ergibt sich – angelehnt an eine Darstellung speziell für Mittel- und Osteuropa – auf Basis von vier zentralen Beurteilungsdimensionen:

- Produktionskosten-Vorteilen: geringe Lohnkosten, längere Arbeitszeiten, längere Maschinenlaufzeiten, Produktion- bzw. Beschaffungsvorteile, Preise für Roh- und Werkstoffe
- Umsatzattraktivität: Wachstum des neuen Marktes, weitere Markterschließung, Sicherung künftiger Märkte, Umsatzausweitung / Marktanteil, Marktnähe
- Unternehmenseigene Wettbewerbsvorteile: technologische Überlegenheit, Kundendienst, Infrastruktur
- Internalisierung: Transportkosten, Fachkräfteangebot¹⁴⁶

Markteintrittsbarrieren entstehen währenddessen durch die Konkurrenzsituation und schlechte Rahmenbedingungen. Die Konkurrenzsituation zu beeinflussen, sollte für die Politik tabu sein. Sie muss aber an den Rahmenbedingungen arbeiten. Bezogen auf die aktuelle politische Situation dürften die hohen Energiekosten in Deutschland, die hohen Baukosten (aufgrund von Überregulierung), die hohen Umweltschutzaufgaben, die hohe Inflationsgefahr und die immense Bürokratie die Haupthinderungsgründe sein. Umso höher diese Markteintrittsbarrieren sind, umso geringer ist die Aussicht, sowohl Groß- als auch Kleinunternehmen von der eigenen Region überzeugen zu können. Deutschland hat daher aktuell mit einer Rekord-Investitions- und Industrieflucht zu kämpfen.¹⁴⁷

Brandenburg weist „unterdurchschnittliche Außenhandelsverflechtungen“¹⁴⁸ auf. Würde es durch politische Maßnahmen gelingen, die Markteintrittsbarrieren zu verkleinern, bestünde in diesem bisherigen Mangel eine Entwicklungschance. Dazu müssten exportorientierte Unternehmen und Branchen identifiziert werden, die auf technologische Überlegenheit setzen, einen geringen manuellen Arbeitsaufwand haben und trotzdem auf der Suche nach Regionen mit im Vergleich zu Westdeutschland geringeren regionalen Kostenfaktoren sind. Neben den niedrigeren Lohnkosten kann die Lausitz bzw. Brandenburg mit einem „guten Angebot an großen Gewerbeflächen“ an Großunternehmen herantreten, argumentierte Prof. Dr. Stefan Zundel, BTU Cottbus-Senftenberg, am 7. Dezember 2023 in einer Stellungnahme anlässlich einer Öffentlichen Anhörung im Bundestag.¹⁴⁹ Darüber hinaus wären niedrigere Steuern in Form einer SWR bzw. regional ausdifferenzierten Einkommen- und Körperschaftssteuer eine mögliche Stellschraube, wie Polen und Tschechien exemplarisch zeigen. Durch eine solche Politik werden Neuansiedlungen initiiert, die Wirtschaftswachstum bringen und Arbeitsplätze schaffen. Trotzdem blieben in den polnischen und tschechischen strukturschwachen Grenzregionen die Einkommensniveaus geringer als im Landesdurchschnitt. Zu konstatieren ist ebenso, dass sie „weniger innovationsfreudig“ mit einer „relativ geringen Zahl von High-Tech-Patenten“¹⁵⁰ sind. Mit Blick auf Oberschlesien belegen Cyryl Garus und Martin Pudlik zudem überzeugend, dass trotz einer regionalen Wirtschaftsförderung ein Stadt-Land-Gefälle unvermeidlich ist. Diese „Bipolarität“ führen sie auf die akademischen Zentren in Gleiwitz und Kattowitz zurück.¹⁵¹ Im Großraum Gleiwitz wurden drei Sonderwirtschaftsregionen eingerichtet. Seit 2015 betreibt Stellantis hier ein

¹⁴⁶ Vgl. Backhaus, Büschken, Voeth 2003. S. 127, Abb. B-4

¹⁴⁷ Vgl. IW vom 28. Juni 2023: Investitionen: Geldabflüsse in Deutschland so hoch wie nie. Online unter: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-rusche-geldabfluesse-in-deutschland-so-hoch-wie-nie.html> (2023-11-30)

¹⁴⁸ Zukunftswerkstatt 2019, S. 16

¹⁴⁹ Deutscher Bundestag: Ausschuss-Drucksache 20(9)329 vom 7.12.2023

¹⁵⁰ Zukunftswerkstatt 2019. S. 15

¹⁵¹ Vgl. Cyryl Garus und Martin Pudlik: Oberschlesien – Ein Transformationsraum im Strukturwandelprozess. In: Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.): Bausteine der Regionalentwicklung. Wiesbaden 2015. S. 151-168

Opel-Werk.¹⁵² In Kattowitz gibt es eine Sonderwirtschaftsregion. Laut Wikipedia haben sich seitdem die folgenden Unternehmen angesiedelt: „IBM, Capgemini, Unilever, Rockwell Automation, Oracle, PwC, Deloitte, Vattenfall, Kroll Ontrack, ING, ABB, Bombardier, Mentor Graphics und United Pan-Europe Communications.“¹⁵³

Notwendig sind Überlegungen in diese Richtung speziell für die Lausitz, weil weder der Tourismus noch die Energiewirtschaft geeignet sind, Exportstärke zu entfalten. Bei der Energiewirtschaft liegt das vor allem an dem Bemühen der meisten europäischen Staaten (inkl. Polen und Tschechien), sich über neue Kernkraftwerke langfristig komplett selbstversorgen zu können. Deutschland ist währenddessen seit dem Kernkraftausstieg vom Energieexporteur zum Importeur abgestiegen. Angesichts dieser Konstellation wäre es schon ein Teilerfolg, zumindest die Importmenge an Strom wieder minimieren zu können.¹⁵⁴

4.5 Infrastruktur

In den letzten Kapiteln wurde bereits auf das steigende Straßenverkehrsaufkommen und die Notwendigkeit, den Güterverkehr – z.B. über das Huckepackverfahren – auf die Schiene zu verlagern, hingewiesen.

Ebenso wurde bereits angedeutet, dass Brandenburg die Strukturwandel-Gelder zu einem sehr großen Teil für Infrastrukturmaßnahmen einsetzen will. Der Anteil der Verkehrsprojekte beträgt für Brandenburg 29,4 Prozent. In allen anderen Kohlerevieren außer dem Mitteldeutschen Revier liegen die Werte dennoch höher. Der Durchschnitt beträgt 32,4 Prozent. Bezogen auf das eingesetzte Budget bestätigt sich dieses Bild: 16,2 Prozent der Brandenburger Strukturwandel-Mittel flossen bisher in die Infrastruktur. Zum Vergleich: Beim sächsischen Teil der Lausitz sind es doppelt so viel (32,8 %). Fast alle Mittel Brandenburgs wurde dabei für die Schiene verplant (94,6 %). In den Ausbau von Bundesstraßen wurden nur 5,5 Prozent der für Infrastruktur eingesetzten Mittel investiert.¹⁵⁵

Es ist nun im Rahmen dieser Studie weder möglich noch zielführend, die Fortschritte sämtlicher Verkehrsprojekte in diesem Kapitel zu dokumentieren. Es genügt ein Ausschnitt, um generelle Probleme in Deutschland und Lösungsansätze diskutieren zu können. Eine Kleine Anfrage¹⁵⁶ aus der ehemaligen linken Bundestagsfraktion zu den Schienenprojekten für die Lausitz fasste die Presse wie folgt zusammen: „Die Schienenprojekte des Bundes in der Lausitz kommen nur schleppend voran. Zahlreiche Vorhaben verzögern sich um zwei bis drei Jahre im Vergleich zu den Zielvorgaben im Jahr 2021. (...) So war vor zwei Jahren beispielsweise der Abschluss der Planungen für die Elektrifizierung der Strecke Berlin - Cottbus - Weißwasser - Görlitz noch für 2031 vorgesehen. Nun verschiebt sich das Vorhaben nach Ministeriumsangaben auf das Jahr 2034. Die Deutsche Bahn rechnet nach eigenen Angaben mit einer Inbetriebnahme im Jahr 2040. Auch die Planungen für die Elektrifizierung der Strecke Cottbus-Forst in Brandenburg verzögern sich von 2026 auf 2029. Abschlussplanungen für den Ausbau der Strecke Lübbenau-Cottbus verschieben sich demnach um ein Jahr von 2024 auf 2025, die Planungen für den Ausbau der Strecke Graustein-Spreewitz von 2030 auf 2032. Bei der Anfrage im Jahr 2021 wurden noch die

¹⁵² Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Gliwice#Wirtschaft_und_Infrastruktur (2023-12-18)

¹⁵³ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Katowice#Wirtschaft_und_Infrastruktur (2023-12-18)

¹⁵⁴ Vgl. Statista: Import- und Exportmengen des deutschen Stromhandels im Zeitraum Januar 2021 bis November 2023. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1380020/umfrage/deutscher-stromhandel/> (2023-12-18)

¹⁵⁵ IWH 2023. S. 27

¹⁵⁶ BT-Drs. 20/9675, Dazugehörige PDF der Antwort der Regierung lag am 13.12.2023 noch nicht vor.

Jahre der Realisierung der Projekte angegeben, bei der aktuellen Antwort sind diese größtenteils nicht mehr aufgeführt.¹⁵⁷

Ebenso ist trotz zahlreicher politischer Willensbekundungen unklar, ob die prestigeträchtige ICE-Strecke Görlitz-Berlin, die durch Brandenburg führt, jemals Realität wird. Ob ein ICE auf der noch auszubauenden Strecke eingesetzt werde, sei einzig und allein die Entscheidung der Deutschen Bahn, die darüber „wohl frühestens 2038“ entscheide, analysiert der MDR¹⁵⁸.

Hinzu kommt: Im Osten gibt es derzeit „keine beschleunigten Autobahnprojekte“. Alle 144 beschleunigten Vorhaben liegen in den westdeutschen Bundesländern.¹⁵⁹ Während Bundes- und Landesregierungen in den letzten Jahren immer wieder davon sprachen, den Infrastrukturausbau in den Strukturwandelgebieten durch schnelle Genehmigungsverfahren zu forcieren, geschieht tatsächlich mit Blick auf die Lausitz und Brandenburg das Gegenteil.

Verglichen mit den Nachbarbundesländern verfügt Brandenburg über eine relativ hohe Autobahndichte.¹⁶⁰ Brandenburg würde aber – wie schon beim derzeit noch laufenden Ausbau der A14¹⁶¹ von Magdeburg nach Schwerin – massiv von einem Autobahnausbau in den Nachbarbundesländern profitieren. Insbesondere zur Stärkung Südbrandenburgs wird daher empfohlen, sich für eine A16 von Leipzig nach Weißwasser einzusetzen. Sie würde durch den südlichsten Teil Brandenburgs verlaufen. Ebenso ist das Projekt einer A18 von Zittau über Görlitz bis Cottbus zu befürworten.¹⁶² Da der Freistaat Sachsen eine sehr geringe Autobahndichte hat, wäre es allerdings naheliegend, dass sich insbesondere die sächsische Regierung für diese Vorhaben einsetzt und Brandenburg dies unterstützt, ohne zwingend selbst die Initiative übernehmen zu müssen.

4.6 Intelligente Spezialisierung: Nischen finden!

4.6.1 Über den begrenzten Nutzen von Trend- und Zukunftsanalysen

Während Infrastruktur eindeutig zu den staatlichen Kernaufgaben zählt, darf bezweifelt werden, ob eine intelligente Spezialisierung wirtschaftlicher Aktivitäten durch die Politik überhaupt erfolgreich gelingen kann oder diese angeblich vorausschauende Strukturpolitik in planwirtschaftlichen Sackgassen endet. Als etwa die ostdeutschen Wirtschafts- und Arbeitsminister auf ihrer „Fachkräftekonferenz“ am 17./18. Oktober 2023 ausriefen, es

¹⁵⁷ SZ vom 06.12.2023: Lausitzer Schienenprojekte des Bundes kommen nicht voran. Online unter: <https://www.saechsische.de/politik/deutschland/innenpolitik/verkehrspolitik/lausitz-bahn-projekt-goerlitz-5939854.html> (2023-12-13)

¹⁵⁸ MDR vom 24.10.2022: Görlitz – Berlin: Eine "ICE-Strecke" garantiert noch lange keine ICE-Verbindung. Online unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/bahnstrecke-berlin-goerlitz-ice-ausbau-fahrgastverband-wirtschaftsministerium-100.html> (2023-12-13)

¹⁵⁹ MDR vom 30.03.2023: Keine beschleunigten Autobahnprojekte im Osten. Online unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/autobahn-ausbau-beschleunigung-nicht-im-osten-100.html#:~:text=Hauptinhalt&text=Die%20von%20der%20Ampel%20beschlossene,vor%20allem%20in%20Nordrhein%20Westfalen.> (2023-12-13)

¹⁶⁰ Vgl. Unternehmerin Kommune vom 27.03.2020: Die Bundesverkehrswege und deren Entwicklung bis 2030. Online unter: <https://unternehmerin-kommune.de/statistisches/die-bundesverkehrswege-und-deren-entwicklung-bis-2030/>

¹⁶¹ Nur 32 Kilometer der A14 durchqueren Brandenburg. Vgl. MDR vom 05.12.2023: Fragen und Antworten zur Nordverlängerung der A14. Online unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/a-vierzehn-nordverlaengerung-faq-verlauf-karte-fertigstellung-100.html> (2023-12-13)

¹⁶² Vgl. BILD vom 24.04.2017: Warum die Lausitz ein Anschluss-Problem hat. Die gestoppten Autobahnen in Sachsen. Online unter: <https://www.bild.de/regional/dresden/autobahnen/die-gestoppten-autobahnen-sachsens-51430782.bild.html> (2023-12-13)

müssten „neue Wertschöpfungsketten (...) insbesondere im Bereich der Elektromobilität“ gefördert werden, so blieb offen, woher sie dieses Wissen um den zukünftigen Erfolg dieser Branche nahmen.¹⁶³ In der wissenschaftlichen Fachliteratur wird zu Recht befürchtet, dass die „Gefahr der Anmaßung von Wissen und eines marktfremden Mikromanagements“¹⁶⁴ sehr groß ist. Denn: „Eine intelligente Spezialisierung setzt unternehmerische Anknüpfungspunkte voraus. Diese zu identifizieren ist mühselig und bei einer Region wie der Lausitz mit einem überwiegend mittelständischen und heterogenen Unternehmensbesatz auch sehr kleinteilig.“¹⁶⁵ Erinnerung muss auch nochmals an Vaclav Smil und seine Erkenntnis einer sehr hohen Fehlerquote des Staates beim Erkennen von Erfindungen, die sich bis zur Marktreife weiterentwickeln lassen. Besser als eine gezielte Förderstrategie für einzelne Branchen dürfte deshalb eine Entlastungsstrategie für alle Unternehmen sein. Gegebenenfalls lässt sich diese Strategie auch derart modifizieren, dass kleine und mittlere Unternehmen mehr entlastet werden als Großunternehmen.

Um alle Möglichkeiten der Regionalentwicklung zu durchdenken, soll in diesem Kapitel trotz dieser Bedenken skizziert werden, wie eine intelligente Spezialisierung ablaufen könnte. Wir orientieren uns dabei an zwei Arbeiten: Mirko Kruse und Jan Wedemeier haben für das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) erforscht, wie sich der Strukturwandel Norddeutschlands gestalten lässt.¹⁶⁶ Beide Autoren haben zudem zusammen mit Melanie Mesloh für die „Baltic Sea Region“ „Smart Specialisation Strategies“ (S3) vorgestellt.¹⁶⁷ Zur „Baltic Sea Region“ zählen Brandenburg, Berlin, alle norddeutschen Bundesländer, Norwegen sowie alle Ostsee-Staaten außer Russland.¹⁶⁸ Der Begriff „Region“ wird hier also viel weiter gefasst als im bisherigen Verlauf dieser Studie.

Um eine intelligente Spezialisierung vorzunehmen, analysieren die Autoren zunächst, welche Branchen in der jeweiligen, untersuchten Region prägend sind. Für jede Branche lässt sich dabei ein Lokationsquotient errechnen, der angibt, wie dominant z.B. die Industrie oder Forstwirtschaft in einem Landkreis bzw. einer kreisfreien Stadt ist.¹⁶⁹ Die Autoren kommen trotz dieser aufwendigen Analyse schlussendlich zu dem banalen Ergebnis, dass es nur marginale Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschland gibt.¹⁷⁰ Digitalisierung, Industrie 4.0, IT, Dienstleistungen, Medizintechnik, Gesundheitswirtschaft werden sowohl für den Norden als auch den Süden als dominant beschrieben. Es gibt damit unter den Top 10 sechs Übereinstimmungen, bei lediglich vier Eigenarten der Regionen.

Im nächsten Schritt werden die europaweiten „Megatrends“ mit dazugehörigen Markt- und Technologietrends bestimmt.¹⁷¹ Darauf aufbauend wird eine „quantitative Entwicklungsprognose“ bezüglich der Beschäftigungseffekte getroffen. Dem Kohlebergbau wird mit „-3“ eine schlechte Entwicklung attestiert. Gleiches trifft auf die Mineralölverarbeitung (-4) sowie beispielsweise „Post-, Kurier- und Expressdienste“ (-6) zu.

¹⁶³ Vgl. Medienservice Sachsen vom 18.10.2023: Erstes Fachkräfte-Treffen der ostdeutschen Wirtschafts- und Arbeitsminister. PDF-Download-Dokument mit dem Titel „Fachkräftekonferenz: Vereinbarung der Wirtschafts- und Arbeitsministerinnen und -minister sowie Senatorinnen Ostdeutschlands“. Online unter:

<https://medienservice.sachsen.de/medien/news/1070330> (2023-12-18)

¹⁶⁴ Zukunftswerkstatt 2019. S. 288

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut: Strukturwandel in Regionen und dessen Bedeutung für Norddeutschland. Hamburg 2021.

¹⁶⁷ Melanie Mesloh/Mirko Kruse/Jan Wedemeier: Smart Specialisation and interregional cooperation in the Baltic Sea Region: Regional specialisation, trends, and internationalisation potential. HWWI 2021.

¹⁶⁸ Vgl. <https://interreg-baltic.eu/about/> (2023-12-18)

¹⁶⁹ HWWI 2021. S. 43ff

¹⁷⁰ Ebd., S. 16, Tabelle 3

¹⁷¹ Vgl. Ebd., S. 29, Tabelle 4

Eine positive Entwicklung wird indes bei freiberuflichen Tätigkeiten (+25), Architektur (+20), Forschung und Entwicklung (+27), Immobilien (+20) und IT (+20) gesehen.¹⁷² Das Problem an dieser Gewichtung: Sie verführt allzu schnell zu einer „Vereinheitlichung der Erfolgsrezepte“¹⁷³, obwohl genau das eigentlich verhindert werden sollte. Gleicht man nun die bereits bestehenden Stärken der Regionen mit den Trends ab, lässt sich für jeden Landkreis eine Zukunftsprognose treffen. Potsdam erreicht dabei aufgrund guter Werte bei Forschung und Entwicklung deutschlandweit Bestwerte. Cottbus und Frankfurt/Oder landen ebenso unter den Top 20 der 401 Landkreise und kreisfreien Städte.¹⁷⁴

Aus den Befunden lässt sich sinnvoll aus unserer Sicht nur eins ableiten: Die Oberzentren brauchen keine gesonderte regionale Förderung. Durch Universitäten und Hochschulen wird hier zudem bereits mehr als genug Steuergeld eingesetzt. Die Regionalentwicklung muss also bei den Mittelzentren ansetzen. Es ist allerdings nahezu ausgeschlossen, dass diese Mittelzentren erfolgreich sein können, indem sie – wie alle anderen – auf die globalen Megatrends setzen. Die Mittelzentren sollten daher die quantitativen Entwicklungsprognosen für einzelne Wirtschaftssektoren nutzen, um weitestgehend unentdeckte Zukunftsfelder – also lukrative Nischen – zu bearbeiten. Basierend auf den Daten des HWWI könnten das zum Beispiel sein: Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (+10), Tiefbau (+9), Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern (+11).¹⁷⁵

Bei der Auswahl einzelner Branchen ist den Autoren zufolge das Internationalisierungspotential besonders zu beachten. Das ist nachvollziehbar. Problematisch ist jedoch, dass die Gewichtungen subjektiv bleiben und durch soziale Erwünschtheit verfälscht werden (Bias). Um das zu erkennen, reicht ein cursorischer Blick an die Kapitalmärkte, wo bekanntlich die Zukunftsaussichten verhandelt werden. In den letzten Jahren haben z.B. Rüstungskonzerne (Rheinmetall, BAE, ...) eine Steigerung ihres Börsenwertes um das Zwei- bis Dreifache erfahren. Das spiegelt sich in den Megatrends kaum wider. Währenddessen sind aber in den Trends „erneuerbare Energien“ prominent vertreten, obwohl die Börsenperformance von weltweit führenden Windindustrieanlagenanbietern (z.B. Nordex) zu wünschen übrig lässt. Ein weiterer notwendiger Kritikpunkt: Bei einer signifikanten Knappheit an Arbeitskräften sind die Beschäftigungseffekte der Zukunftsbranchen zweitrangig. Viel wichtiger ist, dass sie gutbezahlte Arbeitsplätze hervorbringen.

In der Lausitz zählen „Chemie/Kunststoffe, Logistik, Metall, Maschinenbau und Tourismus“¹⁷⁶ neben Bergbau und Energie zu den profilbildenden Sektoren. „Hidden champions“ sind zudem in der Biotechnologie und Automobilindustrie zu finden.¹⁷⁷ Das HWWI bewertet die Metallerzeugung und -bearbeitung mit „-1“, Kunststoffe sowie Chemie mit „-3“, die Automobilindustrie mit „-3“, Maschinenbau mit „+3“, Energie mit „+9“ und Beherbergung mit „+2“.

¹⁷² Ebd., S. 48ff

¹⁷³ Robert Hassink: Intelligente Spezialisierung – der neue Königsweg der regionalen Innovationspolitik? 41. Brandenburger Regionalgespräch. Online unter: https://leibniz-irs.de/fileadmin/user_upload/rg41_Statement_Hassink.pdf (2023-12-18)

¹⁷⁴ Vgl. Mirko Kruse/Dörte Nitt-Drießelmann/Jan Wedemeier: Megatrends und Strukturwandel — welche Regionen werden profitieren? In: Wirtschaftsdienst. 102. Jahrgang, 2022, Heft 5, S. 392–396. Online unter: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/5/beitrag/megatrends-und-strukturwandel-welche-regionen-werden-profitieren.html> (2023-12-18)

¹⁷⁵ HWWI 2021, S. 48ff

¹⁷⁶ Zukunftswerkstatt 2019, S. 26

¹⁷⁷ Ebd., S. 10

Dass Brandenburg sich bei der intelligenten Spezialisierung verbessern muss, dürfte auf der Hand liegen. In entsprechenden Rankings, wie viele Weltmarktführer (Hidden Champions) aus einem Bundesland kommen, landet Brandenburg teilweise auf Platz 16.¹⁷⁸ Auch sogenannte „Gazellenunternehmen“¹⁷⁹, die besonders schnell wachsen, sind in Brandenburg im Gegensatz zu Sachsen unterrepräsentiert. Handlungsbedarf besteht also. Die Frage ist nur, ob die Politik die Lösungskompetenz dazu besitzt bzw. besitzen kann. Wir beantworten diese Frage mit „Nein“. Daraus ergibt sich die Bevorzugung einer Entlastungsstrategie und die Bereitstellung guter Rahmenbedingungen, z.B. der Infrastruktur.

4.6.2 Strukturwandel der Banken als angewandte intelligente Spezialisierung und kontinuierliche Strukturpolitik

Wer eine „vorausschauende“ Strukturpolitik aus den eben genannten Gründen verwirft, ist in der Pflicht, eine kontinuierliche Strukturpolitik zu umreißen, damit ausgeschlossen werden kann, dass es sich in Wirklichkeit um ein Festhalten am Alten handelt, das die nächste schöpferische Zerstörung nicht überlebt. Zu diesem Zweck soll in diesem Unterkapitel an einem konkreten, für die Lausitz womöglich zukunftsweisenden Beispiel erklärt werden, wie eine kontinuierliche Strukturpolitik ganz konkret aussehen könnte.

Carl Naughton und Corinna Pommerening sprechen sich dafür aus, Sparkassen und regionale Banken (in Brandenburg vor allem verschiedene Volks- und Raiffeisenbanken) zu Plattformökonomien bzw. „Entwicklungsbürgermeisterinnen“ weiterzuentwickeln. Der Gedanke dahinter: Das persönliche Kundengeschäft der Banken bricht perspektivisch weg. Diese frei werdenden Ressourcen sollten die Banken nutzen, um als regional verankerte Akteure regionale Ökosysteme aufzubauen. Banken sollen nach diesem Modell in Zukunft allen anderen Unternehmen der Region eine öffentlich wahrnehmbare Plattform bieten, um ihre Dienste anzubieten. „Die regionalen Angebote aus Handel, Handwerk, Dienstleistern kombiniert mit denen von Vereinen, karitativen Einrichtungen, der Gesundheitsbranche und den kommunalen Leistungsangeboten stellen aus Kundensicht eine sehr attraktive und komfortable Bündelung der Bedarfe und Wünsche dar. Regionale Banken können ideale Initiatoren solcher regionaler Ökosysteme sein“, behaupten Naughton und Pommerening.¹⁸⁰ Neben der Bereitstellung der Plattform sollten die Banken auch branchenübergreifende Projekte vorantreiben, da sie die Schnittstelle aller beteiligten Unternehmen sind. In einzelnen Städten wie Bremen und Hamburg haben Sparkassen und Volksbanken bereits entsprechende, noch verhältnismäßig kleine Projekte gestartet.¹⁸¹

¹⁷⁸ Vgl. finanzen.net: Weltmarktführer nach Bundesländern. Online unter:

https://www.finanzen.net/top_ranking/top_ranking_detail.asp?inRanking=901 (2023-12-18)

¹⁷⁹ Vgl. ifo Dresden berichtet 1/2018: Mit Gazellen gegen Arbeitsplatzverluste? Eine Analyse schnell wachsender Unternehmen in Ostdeutschland. Online unter: https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_18-01_03-09_Ochsner.pdf (2023-12-18)

¹⁸⁰ Naughton/Pommerening 2023. S. 33

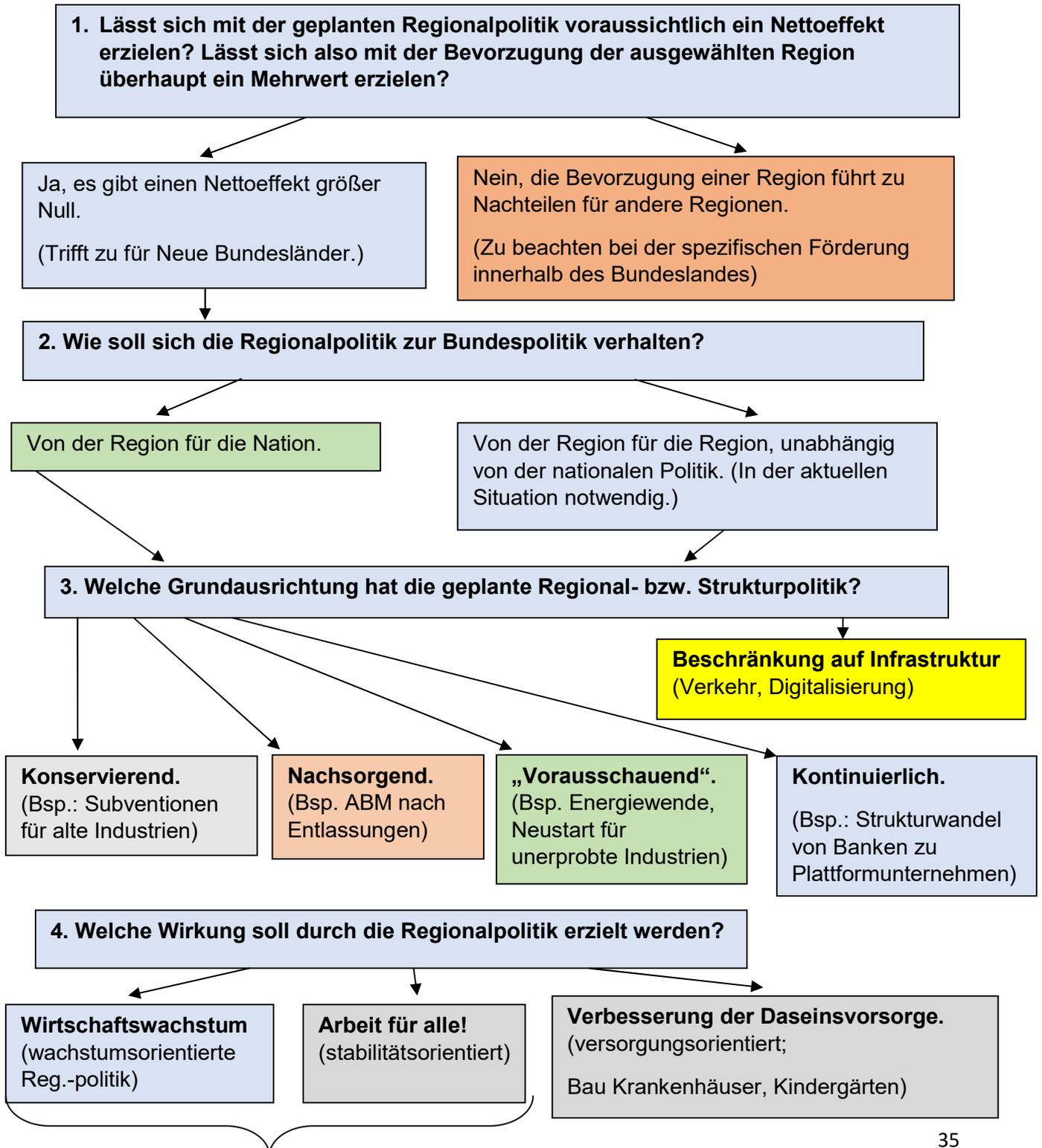
¹⁸¹ Ebd., S. 83ff

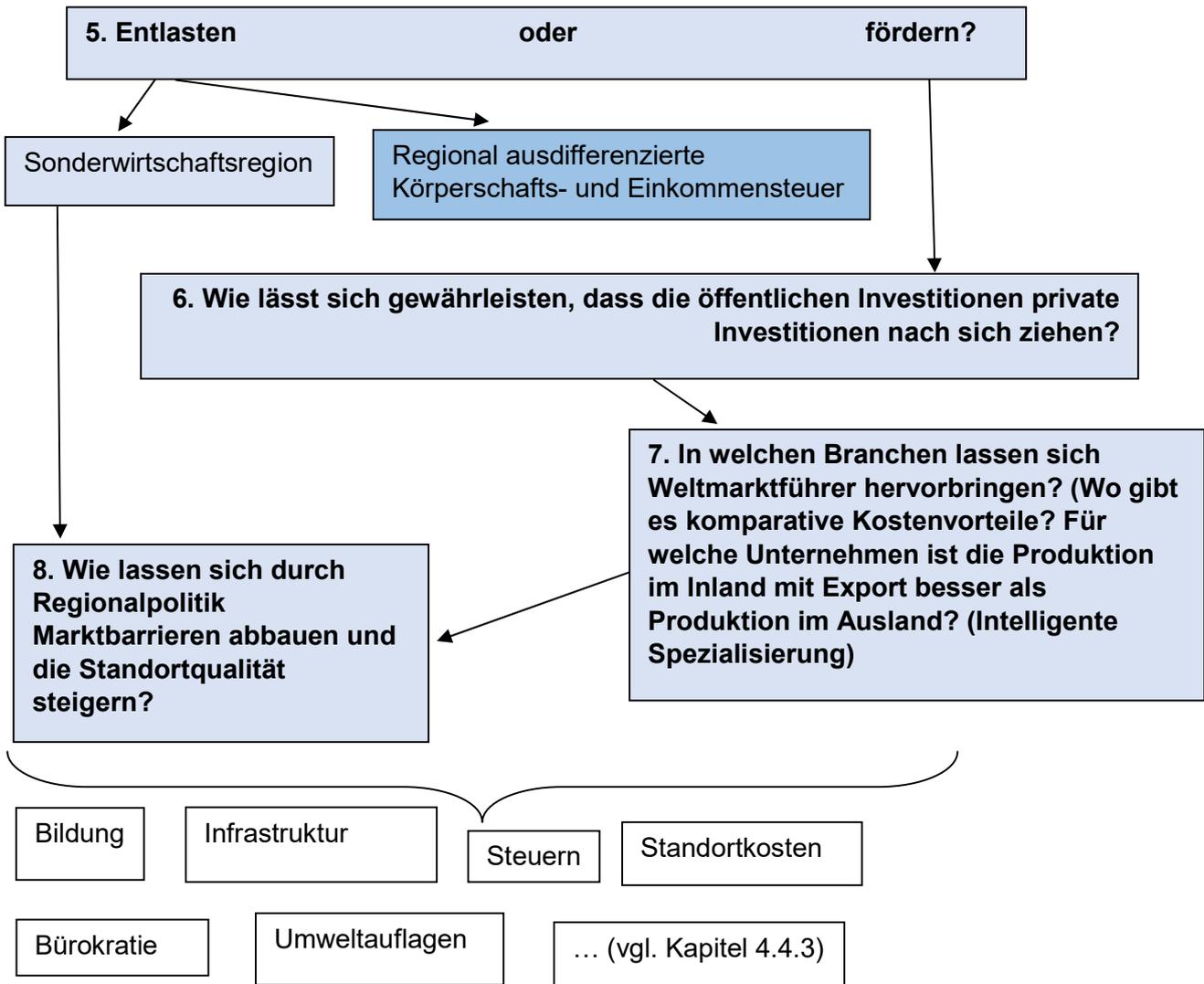
Teil 3 – Parlamentarische Handlungsoptionen

5 Politische Empfehlungen

5.1 Eigene schematische Darstellung der Entwicklung einer konsistenten Regionalpolitik

Um eine Regionalpolitik zu entwickeln, schlagen wir auf Basis der Erkenntnisse der ersten vier Kapitel folgenden Herangehensweise vor, die einen komplexen Entscheidungsbaum ergibt:





5.2 Konkrete Maßnahmen / Zusammenfassung

Am 5. Dezember 2023 nahm die FAZ zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) eine „wirtschaftspolitische Vermessung der AfD“ vor. Dabei kam heraus, dass die AfD „nicht nur in wirtschaftsschwachen Gebieten stark ist, sondern auch in Industrieregionen“. Es gelte dabei: „Je mehr Letztere unter Strukturwandeldruck stehen, umso besser steht die AfD da.“¹⁸² Unmittelbar daraus folgt die Notwendigkeit, konstruktive Politikvorschläge für diese Regionen anzubieten. Wir empfehlen dabei auf Basis der vorliegenden Studie für die Lausitz und Brandenburg:

1. „Klimaneutrale Kohle“ statt Kohleausstieg: Prof. Dr. Jan Schnellenbach, BTU Cottbus-Senftenberg, betonte in einer Stellungnahme vom 10. Dezember 2023 für eine Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Der Einsatz von CCS-Technologien gilt inzwischen unter Klimaforschern als unumgänglich. (...) Grundsätzlich könnten diese Technologien in ostdeutschen Kohleregionen in zweifacher Hinsicht eine Rolle spielen. Einerseits bei der tatsächlichen Abscheidung von CO₂ bei der Energieproduktion und in Industrieprozessen. Einzelne Vorschläge gehen sogar so weit, mittels CCS die Kohleverstromung CO₂-neutral zu machen. (...) Eine andere Frage ist, ob die ostdeutschen Kohleregionen bei der Lagerung von abgeschiedenem CO₂ eine Rolle spielen können. In Brandenburg wurde (allerdings in Beeskow im Havelland) eine Pilotanlage zur CO₂-Lagerung im Boden vom Geoforschungszentrum Potsdam erfolgreich und langfristig sicher eingerichtet und betrieben.“¹⁸³

Da sich mittlerweile selbst die Grünen¹⁸⁴ für CCS öffnen, sollte das Thema „klimaneutrale Kohle“ statt Kohleausstieg auf die Tagesordnung. (*Vertiefend dazu Kapitel 1*)

2. Solange keine Kehrtwende zur klimaneutralen Kohle beschlossen wird und ein wirtschaftspolitischer Systemwechsel (Entlasten statt Fördern) ausbleibt, muss die Höhe der Strukturwandel-Mittel nachverhandelt werden. Seit dem Beschluss des Strukturwandels wurde die deutsche Wirtschaft in Folge der Corona-Krise und des Ukraine-Krieges mit Subventionen regelrecht geflutet. Die Strukturwandel-Mittel für die Lausitz sind dadurch zu einem Tropfen auf den heißen Stein geworden. Dies gilt es zu korrigieren. Nötig wäre dafür mindestens eine **Verdopplung der bisher zugesagten Strukturwandel-Mittel**. (*Vertiefend dazu Kapitel 1 und Kapitel 4.1*)

3. Um die Mittelvergabe zu kontrollieren und die Rentabilität der geförderten Projekte einschätzen zu können, sollte Brandenburg alle drei Jahre – wie bereits 2011 und 2014¹⁸⁵ – einen öffentlich einsehbaren, transparenten und allgemeinverständlich aufbereiteten **Subventionsbericht** erstellen. Als Vorbild dafür kann der Kieler Subventionsbericht dienen. (*Vertiefend dazu Kapitel 1*)

¹⁸² Knut Bergmann/Matthias Diermeier: „Wohlstand für alle?“ In: FAZ vom 05.12.2023. Online unter: <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/knut-bergmann-matthias-diermeier-wohlstand-fuer-alle.html> (2023-12-18)

¹⁸³ Ausschuss-Drucksache 20(9)330, S. 5

¹⁸⁴ Tagesschau vom 25.11.2023: Grüner Kurswechsel bei der CO₂-Speicherung. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-parteitag-co2-speicherung-100.html> (2023-12-18)

¹⁸⁵ Bundesministerium der Finanzen: 29. Subventionsbericht des Bundes 2021-2024. S. 131

4. Deutschland, Brandenburg und die Lausitz brauchen keinen politisch forcierten und von oben geplanten „Strukturwandel“, sondern eine kontinuierliche Strukturpolitik. Würde der Chemiekonzern BASF zehn Milliarden Euro in Brandenburg und nicht in China¹⁸⁶ investieren, wäre der „Strukturwandel“ schon geschafft. Im Gegensatz zur „vorausschauenden“ Strukturpolitik strebt eine **kontinuierliche Strukturpolitik** keine Vorhersage der Zukunft an. Sie betreibt keine Planwirtschaft. Kontinuierliche Strukturpolitik setzt vielmehr bei der Stärke deutscher Großunternehmen und Weltmarktführer (Hidden Champions) an und will in Deutschland gute Rahmenbedingungen bieten (günstige Energie, niedrigere Steuern, weniger Bürokratie, bezahlbare Flächen, Grundstücke und Baupreise, gute Infrastruktur, exzellente Bildung, ...). In diesem Zusammenhang ist die zunehmende Automatisierung als Chance für eine **Rückverlagerung von Produktionsstätten** (Reshoring, Deglobalisierung) zu betrachten. Sie gelingt, wenn die regionalen Kostenfaktoren minimiert werden und das Wissen der Fachkräfte maximiert wird. (Vertiefend dazu Kapitel 1, Kapitel 4.3, Kapitel 4.4.1 und Kapitel 5.1)

5. Es ist unstrittig, dass die Strukturwandelgelder zum größten Teil **nicht** zur Steigerung des regionalen Wachstumspotenzials eingesetzt wurden, sondern fast ausschließlich bei staatsnahen Institutionen gelandet sind und zur Beseitigung der Versäumnisse der Vergangenheit (marode Straßen, Kindergärten, ...) eingesetzt wurden. Dieses Gießkannen-Prinzip (versorgungsorientierte Regionalpolitik) muss zugunsten einer **wachstumsorientierten Regionalpolitik** aufgegeben werden. (Vertiefend dazu Kapitel 2 und Kapitel 3.2)

6. Die Lausitz braucht eine **neue, einheitliche regionale Werbekampagne**, die nach innen und außen wirken muss. Die bisherige Vermarktung als „krasse Gegend“ und „Unbezahlbarland“ ist schädlich. Brandenburg, Sachsen und die beteiligten Landkreise müssen dabei gemeinsam agieren und dürfen nicht länger unterschiedliche Ziele verfolgen. (Vertiefend dazu Kapitel 3.1)

7. In die Oberzentren fließt durch die Universitäten und Hochschulen sowie den ÖPNV bereits mehr als genug Steuergeld. Die Oberzentren auch noch über die Strukturwandel-Mittel übermäßig zulasten der Mittelzentren zu fördern, ist daher ein fataler Irrweg. Insbesondere trifft dies auf die Diskrepanz zwischen Cottbus und Spremberg zu. Das Stadt-Land-Gefälle wächst durch diese falsche Politik immer weiter. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, schlagen wir ein Pilotprojekt für eine **gemeindescharfe, regional ausdifferenzierte Einkommen- und Körperschaftssteuer** vor. Statt unzählige, bürokratische Förderprogramme durchzuführen, sollten in einem oder mehreren Landkreisen (ggf. in der gesamten Lausitz) die Effekte dieses Modells in Erfahrung gebracht werden. Für die regional ausdifferenzierte Gewinnsteuer muss ein Rabattsystem konzipiert werden. Die dafür notwendigen Daten liegen im Thünen-Atlas¹⁸⁷ bereits vor und müssen nicht zusätzlich erhoben werden. Einen Rabatt auf die Steuerlast für Bürger und Unternehmen (in ländlichen Regionen) sollte es z.B. geben, wenn die Infrastruktur mangelhaft ist (Entfernung zur nächsten Autobahnauffahrt, Flughafen, Bahnhöfe). Als weitere Indikatoren für Strukturschwäche bieten sich an: Verfügbarkeit von schnellem Internet (Breitband),

¹⁸⁶ Ergänzen ließe sich, dass sich BASF aus deutscher Sicht auch nicht in einer polnischen Sonderwirtschaftsregion ansiedeln sollte.

¹⁸⁷ BMEL: Thünen-Landatlas. Online unter: <https://www.landatlas.de/> (2023-12-13)

Versorgungslage (Ärzte, Krankenhäuser) und die Erreichbarkeit von Schulen. Für jeden Mangel könnte es fünf oder zehn Prozent Rabatt auf die Steuerlast geben. Der wesentliche Vorteil einer solchen regional ausdifferenzierten Gewinnsteuer mit einem Rabattsystem ist, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen entlastet werden, statt nur Subventionen an Großunternehmen auszuschütten. Bezogen auf alle Optionen in der Regionalentwicklung ist auch zu bedenken, dass sich Änderungen der Besteuerung sofort realisieren lassen, während der Bau einer neuen Autobahn oder Zugverbindung 20 bis 30 Jahre beansprucht. *(Vertiefend zum Stadt-Land-Gefälle: Kapitel 3.2)*¹⁸⁸

8. Für die **weichen Standortfaktoren** sollten ausschließlich die jeweiligen **Kommunen** zuständig sein. Sie müssen daher finanziell in die Lage kommunaler Selbstgestaltung versetzt werden, statt bloß Pflichtaufgaben zu bewältigen. *(Vertiefend dazu Kapitel 4.1)*¹⁸⁹

9. Brandenburg braucht eine **Strategie zur Fachkräftesicherung**, die beim Arbeitsvolumen (Teilzeit), Auspendlern und der Bildung ansetzt. Um das Arbeitsvolumen zu erhöhen, sollten **Überstunden von der Steuer- und Abgabenlast befreit** werden. Zwingend erforderlich für Brandenburg ist es zudem, die Wanderungsverluste bei den Studienanfängern und Hochschulabsolventen zu minimieren. Zugleich sollte die Knappheit verfügbarer Arbeitskräfte als Chance zur Ansiedlung kapitalintensiver, hochtechnisierter Branchen begriffen werden, die gut ausgebildete, aber im Bundesdurchschnitt trotzdem verhältnismäßig günstige Arbeitskräfte nachfragen. Was ist also zu tun? Minimierung der regionalen Kostenfaktoren. Maximierung des Wissens durch höhere Bildungsanforderungen. *(Vertiefend dazu Kapitel 4.2 und Kapitel 4.3)*

10. Strukturschwache Regionen sollten sich auf Nischen **mit einem langsamen technischen Fortschritt** konzentrieren, weil es unrealistisch ist, den Entwicklungswettbewerb gegen Tech-Giganten (z.B. im Bereich Künstliche Intelligenz) gewinnen zu können. *(Vertiefend dazu Kapitel 4.3)*

11. Mit Blick auf Polen und Tschechien raten wir zur **landkreisscharfen Einrichtung einer Sonderwirtschaftsregion** (SWR/SWZ) ohne die Oberzentren. Die Strukturmaßnahmen für die Oberzentren sind auf den Bereich „Wissenschaft und Forschung“ zu beschränken. In Sonderwirtschaftsregionen sollte die Infrastruktur beschleunigt ausgebaut werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Gewerbe-, Grund- und Grunderwerbsteuer temporär auszusetzen. Denkbar ist sowohl eine gesamtostdeutsche SWR (ohne Oberzentren), eine SWR Brandenburg als auch eine SWR Lausitz. Eine **SWR Lausitz** könnte etwa zum **Reshoring-Zentrum Deutschlands** entwickelt werden. Das Ziel der SWR wäre es also in diesem konkreten Fall, durch Vergünstigungen und ein üppiges Flächenangebot Unternehmen für eine Rückkehr nach Deutschland zu motivieren. Als Alternative dazu schlagen wir die Einrichtung einer **Robotik-Zukunftsregion** vor. *(Vertiefend dazu Kapitel 4.2.2 und Kapitel 4.4.2)*

¹⁸⁸ Vertiefung zur regional ausdifferenzierten Gewinnsteuer in Recherche D, Heft 19, September 2021, S. 19-26. Außerdem: Recherche D, Heft 6, August 2019, S. 6-19 (Studie: Deutschlands Problemzonen). Wir stellen die Hefte gern auf Anfrage digital zur Verfügung.

¹⁸⁹ Welche Maßnahmen wir zur Neuordnung der kommunalen Finanzen vorschlagen, findet sich ebenfalls in Recherche D, Heft 19.

12. Auf ihre Wohnwünsche angesprochen, sagen 45 Prozent der Deutschen, sie würden eine ländliche Gemeinde bevorzugen. 33 Prozent bevorzugen eine Kleinstadt bzw. ein Mittelzentrum. Nur 21 Prozent sprechen sich für ein Großstadtleben aus.¹⁹⁰ Warum leiden die ländlichen Gegenden dann trotzdem unter Abwanderung? Der Geograph Prof. Dr. Gerhard Henkel führt das auf den Zusammenbruch des gesellschaftlichen Lebens zurück. 1960 gab es noch 150.000 dörfliche „Tante-Emma-Läden“ und Gasthöfe. Inzwischen sind es nur noch 30.000.¹⁹¹ Es ist utopisch, diese Entwicklung umkehren zu können. Es wäre auch falsch, unrentable Geschäfte mit Subventionen künstlich am Leben zu erhalten. Wie kann es dennoch eine Revitalisierung gelingen? Henkel fordert einen „Wandel zur Bürgerkommune“. Statt „Papa Staat“, der alles vorgibt, müsse der Bürger zum Partner der Verwaltung und des Stadt- bzw. Gemeinderates werden.¹⁹² Vor allem sei dafür eine höhere Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeiten erforderlich. Um das zu erreichen, sollte die **Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale** massiv angehoben werden. Das niedrige, durchschnittliche Arbeitsvolumen von 28 Stunden pro Woche in Brandenburg ließe sich dann als Chance nutzen: Unsere Dörfer würden davon profitieren, könnte man halbtags einer regulären Arbeit nachgehen und in seiner Freizeit steuer- und abgabefrei die Geschicke eines Vereins leiten. Eine weitere Kritik, die Henkel übt, betrifft die in die Hoheit der Länder fallenden kommunalen Gebietsreformen. Brandenburg zählt er dabei zu den Negativbeispielen. „Eingemeindungen zu Großgemeinden“ hätten die „politische Selbständigkeit“ zerstört. Andere Bundesländer – darunter unter anderem Mecklenburg-Vorpommern – hätten dagegen auf „Zwangseingemeindungen“ verzichtet.¹⁹³ Demokratietheoretisch betrachtet, entsteht durch besonders kleine politische Einheiten ein Ungleichgewicht. Die einzelne Stimme in einem Dorf fällt mehr ins Gewicht als in einer Großstadt. Diesen Effekt kann man freilich auch als besonderen Charme des Dorflebens begrüßen.¹⁹⁴

¹⁹⁰ Vgl. Gerhard Henkel: Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist. München 2016. S. 27

¹⁹¹ Vgl. ebd., S. 49

¹⁹² Vgl. ebd., S. 161

¹⁹³ Ebd., S. 144f

¹⁹⁴ Vgl. Gordon Tullock: Demokratie und Wettbewerb. In: Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Kleines Lesebuch über den Föderalismus. Sankt Augustin 2005. S. 148